FRIEDENSZEITUNG
NR. 26 SEPTEMBER 2018

4 Der Donbass-Dialog: Ein Hörzeichen gegen Gewalt
10 Oleh Senzow: Protest gegen Krim-Unterdrückung
12 China in Nahost: Gefahr einer Konfrontation wächst
16 Dossier Libanon 1: Die Berge als Zufluchtsorte
17 Dossier Libanon 2: Unter französischem Mandat
20 Dossier Libanon 3: Der Bürgerkrieg 1975-1990
24 Chemiewaffen: Das Ende der Namenlosigkeit
29 Uri Avnery: Kämpfer für Nahostfrieden

Der Bundesrat torpediert die Unterzeichnung und Ratifikation des Atomwaffenverbotsvertrages

Lieber unter dem atomaren Schutzschild der NATO verweilen

Am 15. August 2018 hat der Bundesrat beschlossen, den «Vertrag über das Verbot von Kernwaffen», dem die Schweiz noch am 7. Juli 2017 an der UNO-Generalversammlung zugestimmt hatte, doch nicht zu unterzeichnen, geschweige denn zu ratifizieren. Diese Kehrtwende kam zwar nicht überraschend, ist aber ein einmaliges Armutszeugnis der Regierung mit den neuen Mehrheitsverhältnissen.

/ Peter Weishaupt /

Der Bundesrat hat schnell (oder auch: panisch) auf den Beschluss des Nationalrates am 5. Juni 2018 reagiert, die Motion des Genfer SP-Nationalrates Carlo Sommaruga mit 100 Ja gegen 86 Nein zu unterstützen, die den Bundesrat ersucht, «so schnell wie möglich den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen und diesen umgehend dem Parlament zur Genehmigung für die Ratifikation vorzulegen». Der Ständerat hätte bereits in der Herbstsession als Zweitrat darüber befinden sollen. Dazu wird es jetzt nicht kommen, denn zuerst wird ein vom Bundesrat initiierter Bericht einer «Arbeitsgruppe zur Analyse des UNO-Kernwaffenverbotsvertrages» den zuständigen Sicherheitskommissionen beider Räte vorgelegt, die dann über das weitere Vorgehen entscheiden werden. Die Arbeitsgruppe unter Führung des EDA, an der die Abteilung Sicherheitspolitik des EDA, die Direktion für Völkerrecht, die Schweizer UNO-Mission in Genf, das VBS, das Staatssekretariat für Wirtschaft und auch noch das Bundesamt für Energie beteiligt waren, hatte am 30. Juni ihren Bericht abgeliefert und auf elf Seiten die Ablehnung des Vertrages begründet.

Noch am 21. Februar 2018 hatte der Bundesrat in seiner Stellungnahme zur Sommaruga-Motion erklärt, dass er «das Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt» teile. «Das Nuklearwaffenverbot stellt einen Schritt in diese Richtung dar. Es entspricht grundsätzlich zentralen Interessen und Werten der Schweiz, namentlich ihren Sicherheitsinteressen, ihrer humanitären Tradition und ihrem Engagement für die Einhaltung, Stärkung und Förderung des humanitären Völkerrechts. Ein Verbot entspricht auch ihrem Engagement für die Menschenrechte, das friedliche Zusammenleben der Völker und den Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen.»

Tempi passati. Jetzt tönt es ganz anders: «Der Bundesrat beschloss, zum jetzigen Zeitpunkt von der Unterzeichnung des TPNWs (Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons) abzusehen. (...) Er ist der Ansicht, dass der TPNW im gegenwärtigen internationalen Kontext Risiken birgt für das weitere Voranbringen der Abrüstungsdiplomatie und die sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz. Zudem können die Auswirkungen und gewisse Auslegungen des TPNW zum jetzigen Zeitpunkt erst grob abgeschätzt werden.» Die Regierung will zwar «an den



Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Staatenkonferenzen (während des ersten fünfjährigen Überprüfungszyklus) als Beobachterin» teilnehmen und beauftragt das EDA, sie über die weiteren Entwicklungen auf dem Laufenden zu halten und ihr Bericht zu erstatten, «spätestens aber 2025». Auf diese Weise könne die Schweizer Haltung bei Bedarf überprüft werden. Klarer ist der Widerwille der Regierung gegen den Vertrag nicht zu formulieren.

Der Atomwaffenverbotsvertrag

Der TPNW schafft erstmals ein umfassendes und ausdrückliches, vom humanitären Völkerrecht inspiriertes Verbot für Atomwaffen. Er verbietet den Einsatz, die Androhung des Einsatzes, die Herstellung, Lagerung, den Erwerb, Besitz, die Stationierung und Weitergabe sowie Tests von Atomwaffen. Er verbietet darüber hinaus die Unterstützung dieser verbotenen Tätigkeiten.

Wir haben in der **FRIEDENSZEITUNG** Nr. 19 vom Dezember 2016 («Grosserfolg für die Friedensbewegung – die UNO verhandelt erstmals über ein Verbot von Atomwaffen») sowie in der Nr. 22 vom September 2017 («Ein wichtiger Schritt zur weltweiten Ächtung der Atomwaffen – die UNO-Generalversammlung beschliesst den Vertrag für ein Atomwaffenverbot») ausführlich über die zehn Jahre dauernden Bemühungen der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen ICAN berichtet. In der Nr. 22 wurden auch acht Mythen zum Vertrag widerlegt und die wichtigsten Bestimmungen des Vertrags in deutscher Übersetzung dokumentiert.

Rein deklamatorisches Instrument?

Die bundesrätliche Arbeitsgruppe zur Versenkung des Schweizer Beitrittes zum Atomwaffenverbotsvertrag argumentiert damit, dass «Gegner des TPNW der Meinung sind, dass das Abkommen auf einer gefährlichen Fehleinschätzung der Weltlage gründet. Für sie weicht das Abkommen von der Logik des NPT (Atomwaffensperrvertrages) ab und ist ein die Abrüstung komplizierender, nicht fördernder Faktor.» Sie zieht als Fazit, dass der TPNW gewisse Schwächen aufweist, «wenn man ihn an Abkommen misst, welche die umfassende, irreversible und verifizierbare Abrüstung und Nichtverbreitung verfolgen».

Sie wertet den Vertrag «als deklaratorisches Instrument» ab, bei dem zwar die Absicht hinter dem Abkommen erkennbar sei, «der nuklearen Abrüstung einen neuen Impuls zu verleihen», aber «aufgrund der Tatsache, dass auf absehbare Zeit kein Nuklearwaffenstaat dem Abkommen beitreten dürfte und auch deren Alliierte sich vom Vertrag distanzieren, dürften direkte Abrüstungswirkungen bis auf Weiteres ausbleiben». Zudem entspreche das dem Vertrag zugrundeliegende «Vorgehen der Stigmatisierung nicht dem Schweizer Ansatz, wonach die Abrüstung mit und nicht gegen Kernwaffenstaaten erfolgen sollte».

Sicherheitspolitisch riskant?

Letzteres ist ein besonders schwaches Argument, wie Andreas Zumach in der WOZ vom 23. August 2018 ausführte: «Die Geschichte der letzten 73 Jahre widerlegt diese Behauptung: Sämtliche Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge, die seit 1945 international vereinbart wurden – mit Ausnahme der bilateralen Abkommen zwischen den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung von Atomwaffen und von Raketenabwehrsystemen –, wurden entweder von kleinen Staaten oder Koalitionen von Nichtregierungsorganisationen initiiert und durchgesetzt. Und dies zunächst oft gegen den Willen und Widerstand gewichtiger und grosser Staaten, die über die entsprechenden Waffen oder Munitionen verfügten. Dies gilt u.a. für den Atomwaffensperrvertrag NPT sowie für die Abkommen zum Verbot von chemischen und biologischen Massenvernichtungsmitteln, von Antipersonenminen und Streubomben. Alle diese Abkommen bewirkten die politisch-moralische Ächtung der verbotenen Waffen und wurden von den jeweiligen Vertragsstaaten durchgesetzt.»

Der Bundesrat, der die Argumentation der Arbeitsgruppe übernommen hat, hält den TPNW für «sicherheitspolitisch riskant», denn sicherheitspolitische Überlegungen fänden beim TPNW kaum Beachtung: «Das Abkommen steht in Opposition zur sicherheitspolitischen Ausrichtung wichtiger Partner der Schweiz. Im gegenwärtigen internationalen Kontext birgt dies erhebliche Risiken: Sollte der Vertrag entgegen der vorhergehenden Einschätzung eine Abrüstungswirkung entfalten, dann dürfte dies eher in liberalen Demokratien mit ausgeprägten Zivilgesellschaften geschehen als in Staaten, wo es kaum oder keine kritische Öffentlichkeit gibt. Im Endeffekt besteht deshalb das Risiko, dass westliche Nuklearstaaten und ihre Bündnispartner militärisch geschwächt würden.»

Atomare Allianz im Extremfall: ein bemerkenswertes Eingeständnis

Der pikanteste Absatz des Berichtes, wohl von Guy Parmelins VBS eingebracht, also des Bundesrateskollegen derjenigen Partei, die sich als absolute Gralshüterin der schweizerischen Neutralität aufspielt, ist derjenige über die Bedeutung des Atomschildes der NATO für die schweizerische Sicherheit, übertitelt mit «Allianz im Extremfall der Abwehr eines bewaffneten Angriffs»: «Im Extremfall der Abwehr eines bewaffneten Angriffs würde die Schweiz mit einiger Wahrscheinlichkeit mit anderen Staaten oder Bündnissen, nicht zuletzt mit Kernwaffenstaaten oder deren Allliierten, zusammenarbeiten. In diesem Kontext wäre die Abstützung auf die nukleare Abschreckung aufgrund der Gesamtheit ihrer völkerrechtlichen Verpflichtungen, wenn auch in rechtlich eng begrenztem Rahmen, nicht ausgeschlossen.»

FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, Telefon +41 (0)44 242 93 21, info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich.

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt.

Mitarbeit: Mareike Biegert, Diana Hrytsyshyna, Oliver Meier, Clemens Ronnefeldt, Lea Suter, Michael Wrase, Ruedi Tobler, Felix Ziegler, Andreas Zumach.

Korrektur: Liliane Studer.

Bilder: Titelseite: zVg; Seite 2: Friedensrat; Seiten 5, 6 und 7: Lea Suter, PeacePrints; Seite 11: zVG; Seiten 18 und 20: Francine Perret; Seite 23: Ruedi Tobler; Seite 29: Kichka.

Druck: gdz AG, Zürich

Auflage: 2000 Ex., September 2018

Die **FRIEDENSZEITUNG** erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Einzelabo: Fr. 50.–. ISSN 1664-4492

myclimate PERFORMANCE neutral Drucksache
No. 01-18-245431 – www.myclimate.org
© myclimate – The Climate Protection Partnership

FSC www.fsc.org RECYCLED Papier aus Recyclingmaterial FSC® C009035

Würde die Schweiz dem TPNW beitreten, würde sie sich «die Handlungsoption verschliessen, sich im Rahmen solcher Bündnisse explizit unter einen Nuklearschirm zu stellen. Ein rein konventionell deklariertes militärisches Verteidigungsbündnis wäre (unter Vorbehalt des Neutralitätsrechts) vom TPNW nicht explizit betroffen. Es wäre in der Realität aber nur schwer von einer allfälligen nuklearen Dimension zu differenzieren.»

«Das Abkommen könnte auch negative politische Auswirkungen auf bilaterale Streitkräftebeziehungen haben und würde im Extremfall (Landesverteidigung) den Handlungsspielraum der Schweiz einschränken. Es wäre der Schweiz selbst im Verteidigungsfall rechtlich verwehrt, einer Verteidigungsallianz beizutreten, die auf nuklearer Abschreckung beruht.» Ausserdem falle «in Bezug auf die bilateralen Streitkräftebeziehungen auch ins Gewicht, dass sich Nachbarländer – Deutschland, Frankreich und Italien – dezidiert gegen den TPNW aussprechen. Das Abkommen könnte ebenfalls negative politische Auswirkungen auf die Kooperation der Schweiz mit Nato-Staaten im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden (PfP) haben.»

Lebenslüge der Neutralität entlarvt

Hier wird in aller Klarheit formuliert wieso die Schweiz dem Vertrag nie beitreten sollte (und möglicherweise wird). Es ist wenigstens eine bemerkenswert ehrliche Aussage der Militärfraktion. Denn dass die Schweizer Sicherheitsdoktrin trotz der «besten Armee der Welt» (Ueli Maurer, seinerzeit als VBS-Chef) davon ausgehen kann, dass das Land mitten in Europa im grossen Konfliktfall von der NATO mitverteidigt und damit auch von ihrem atomaren Schild profitieren würde, war seit der Nachkriegszeit immer offensichtlich, umso mehr diente eine überzogene Neutralitätsideologie der Verwischung und Täuschung dieser Tatsache – eine der grossen Lebenslügen unseres Landes.

Als Fazit zieht der Bundesrat, der sich auf die Arbeitsgruppe stützt, denn auch folgende Schlüsse: «Rechtlich gesehen verunmöglicht der TPNW-Beitritt die bestehenden militärischen Kooperationsformen voraussichtlich nicht. Politisch könnte allerdings gewisser Druck entstehen, der zu einer Einschränkung von bestimmten Dialogen und bilateralen wie multilateralen Kooperationsformen führen könnte. Aus aussen- und sicherheitspolitischer Sicht scheint der Beitritt zu einem Abkommen, das die Sicherheitsdoktrin der für die Schweiz relevantesten Partner nicht nur in Frage stellt, sondern mittels einer Stigmatisierungsagenda sogar direkt angreift, wenig ratsam. Die damit einhergehenden Risiken scheinen die potenziellen sicherheitspolitischen Chancen des TPNW zu übersteigen.»

Petition unterschreiben!

Wir rufen nachfolgend dazu auf, raschmöglichst die Petition von ICAN-Switzerland «Atomwaffen verbieten – humanitäre Tradition retten» an Bundesrat Ignazio Cassis zu unterschreiben und Freundinnen und Freunde, Bekannte und Verwandte davon zu überzeugen. Die Petition ist über einen direkten Link auf unserer Website *www.friedensrat.ch* erreichbar.

Nagasaki-Friedensglocke in Heiden



Am 9. August 1945 um 11.02 Uhr detonierte die zweite von den USA abgeworfene Atombombe über der japanischen Stadt Nagasaki. In den Trümmern fand sich – beinahe unversehrt – die Angelus-Glocke der zerstörten Kathedrale. Für die BewohnerInnen der Stadt wurde sie zum Symbol für Frieden. Zum 73. Jahrestag liess das Henry-Dunant-Museum in Heiden AR die Friedensglocke – ein Geschenk der Universität Nagasaki – um 11.02 Uhr erklingen. Im Bild unsere europäische Freiwillige, die seit Anfang August auf dem SFR-Sekretariat arbeitet, die Ukrainerin Diana Hrytsyshyna, beim Läuten der Glocke.

Die Gemeinde Heiden, das Dunant-Museum, die Appenzeller Friedens-Stationen, die Ärzte gegen den Atomkrieg und der Schweizerische Friedensrat haben an diesem Tag ein gemeinsames Grusswort an eine Hiroshima-Gedenkveranstaltung in Wien geschickt. In diesem beglückwünschen sie Österreich, dass es zu den ersten zehn Ländern gehört, die die Atomwaffenverbotsvertrag ratifiziert haben. Das ebenfalls ‹neutrale› Nachbarland Schweiz foutiert sich darum.

Editorial

Hoffnung in Eritrea, Mauern in der Schweiz

In Eritrea ist in der letzten Zeit einiges geschehen. Zur Überraschung der Weltöffentlichkeit haben der neue Regierungschef Äthiopiens Abiy Ahmed und Eritreas Langzeitdiktator Isaias Afewerki am 9. Juli 2018 einen Friedens- und Freundschaftsvertrag abgeschlossen. Der Versöhnungsprozess, der sich derzeit zwischen Äthiopien und Eritrea abspielt, ist ein positives Signal für die ganze Welt. Zwei Nationen, die sich mehrfach erbittert bekriegt haben – erst in Eritreas jahrzehntelangem Befreiungskampf gegen äthiopische Besatzung, danach in einem völlig sinnlosen Wüstenkrieg um den Grenzverlauf –, finden hoffentlich zusammen.

Zwar waren zuvor Mechanismen und Institutionen der UNO nötig, um den Rahmen zu setzen, in dem Frieden entstehen konnte, doch war es wohl das Fehlen jeder äusseren Einflussnahme, die den jetzigen Friedensschluss ermöglichten. Für ausweglos erscheinende Konflikte anderswo steckt darin ein wichtiges Hoffnungszeichen.

Die Auswirkungen auf die Verhältnisse in Eritrea – insbesondere in Bezug auf die Beibehaltung des unbefristeten Nationaldienstes – sind jedoch noch nicht abzuschätzen. Dies hat das Bundesverwaltungsgericht nicht davon abgehalten, am 10. August einen, wie die Schweizerische Flüchtlingshilfe kommentierte, fahrlässigen Wegweisungsentscheid gegenüber einem eritreischen Asylsuchenden zu fällen.

Offensichtlich haben die Menschenrechte nicht nur für unseren neuen Aussenminister wenig Bedeutung, sondern auch für das Gericht, das den Nationaldienst zwar als verbotene Zwangsarbeit einstufte, was es aber nicht daran hinderte, die Wegweisung nach Eritrea als zumutbar zu erachten. Die Folge des Urteils ist aber nicht die Abschiebung nach Eritrea, die nach wie vor nicht möglich ist, sondern das Verdrängen in die Illegalität. Wo bleibt da der Rechtsstaat?

In der Herbstsession der Eidgenössischen Räte ist am 19. September im Ständerat eine Debatte zu Eritrea geplant. Eine Gelegenheit zur Korrektur.

Vieles ist im Fluss, manches offen. Ein weiteres FRIEDENSZEITUNGs-Dossier wird folgen, wenn sich die Auswirkungen des Versöhnungsprozesses klarer abzeichnen. ***Ruedi Tobler***

Ein Hörzeichen gegen Gewalt

Der Donbass-Dialog ist eine Grassroots-Friedensinitiative, die sich im Osten der Ukraine für ein Gespräch zwischen den Menschen auf beiden Seiten der Front einsetzt. Ist ein solcher Dialog möglich während laufenden Kampfhandlungen und blockierten politischen Gesprächen? Ja, er ist. Das Schlüsselwort: Crowdsourcing. Eine Reportage von PeacePrints.

/ Lea Suter /

Kiew, 38 Grad. Durch die autobahnbreiten Strassen des Zentrums flanieren die Glanzseiten der Ukraine in knappen Minis oder teuren Wagen. Spiegelnde himmelhohe Glaseinkaufstempel und protzige, herausgeputzte sowjetische Bauten schauen stolz auf die kleinen Menschen herunter, die wie Spielfiguren an ihnen vorbeiziehen. Alles nur Puppentheater? Hinter den Fassaden stapelt sich der Müll, Obdachlose in entwürdigender Stellung, Scherben und Spritzen. Der Hosteleingang in einem Innenhof – den makellosen Fassaden des Staatstheaters direkt gegenüber – ist blutverschmiert. Nur wenige Häuserblocks weiter liegt die Leid getränkte Chreschtschatyk Strasse, die zum Maidan Nezalezhnosti führt. Der imposante Boulevard – im Zweiten Weltkrieg bis auf ein einziges Haus in Schutt und Asche gelegt – wurde auch Zeuge des neuesten Blutbades in der Stadt, als sich 2014 eine friedlich angedachte Demonstration in eine opferreiche Revolution entlud – der Euromaidan.

Die Revolution der Würde

Erst waren da die paar wenigen StudentInnen im November 2013, die gegen die Nicht-Unterzeichnung des EU-Assoziierungsabkommens protestierten. Dann die Niederschlagung der Demonstration mit exzessiver Gewalt durch die Sicherheitskräfte der Regierung. Und plötzlich, über Nacht, waren es Hunderttausende, die von nun an täglich auf den Maidan strömten. Was sich nun über das Pflaster des Maidans und von da aus über die ganze Ukraine ergoss, sollte bald die «Revolution für die Würde der Ukrainer» genannt werden, denn um die EU ging es schon lange nicht mehr, jedenfalls nicht der Mehrheit. Viel mehr hatte diese Menge von Unzufriedenen, von Intellektuellen bis Obdachlosen, von radikal Links bis radikal Rechts der grassierenden Korruption und der Missachtung der Menschenrechte den Kampf angesagt.

Der Maidan füllte sich, organisierte sich, feierte sich. Ein Platz und sein Volk in der Euphorie, den Lauf der Geschichte verändern zu können. Verpflegungsstellen, eine Bibliothek, eine Feldpost, eine Universität, eine Verteidigungseinheit, medizinische Versorgung und allerlei kulturelle Aktivitäten von Tanz und Gedichten bis hin zum berühmten Klavier in der beissenden Kälte. Und all das in kürzester Zeit. Ebenfalls in kürzester Zeit nahm die Aggressivität der Regierungsseite zu und mit ihr die Toten und die Trauerfeiern direkt auf dem Platz. Eine juristische Dienststelle für Opfer von Gewalt formierte sich und auch eine Gruppe zur Unterstützung von Hinterbliebenen.

Der Maidan als Zündschnur

Die zunehmende Gewalt gipfelte schliesslich in der Nacht vom 20. Februar 2014, in der über 100 Demonstranten ihr Leben liessen und Präsident Janukowitsch in einer Nacht- und Nebelaktion nach Russland floh. Und dann, bevor irgendjemand zur Besinnung kam, war die Krim bereits in Russland und im Donbass ein Krieg. Das Land brodelt, das Chaos beginnt, um sich zu fressen. Die Ereignisse überstürzen sich. Während sich im Westen die Wut mit der Absetzung des Präsidenten legte, entbrannte sie im Osten erst richtig. Die Radikalen wollten mehr, sie forderten die Unabhängigkeit und sie hatten einen starken Verbündeten, der geliebt-gehasste Nachbar Russland. Und so entstand in kürzester Zeit die von fast niemandem anerkannte Volksrepublik Donezk (DNR) und die Volksrepublik Lugansk (LNR).

Der Maidan – ein Symbol für zivilgesellschaftliches Engagement, Meinungsfreiheit und Aufbruchstimmung in eine selbstbestimmte Zukunft. Der Maidan aber auch als Zündschnur, die zur Zersplitterung und Sprengung einer Gesellschaft führte, die immer wieder mit geographischen, kulturellen, historischen und politischen Zerreissproben zu kämpfen hatte.

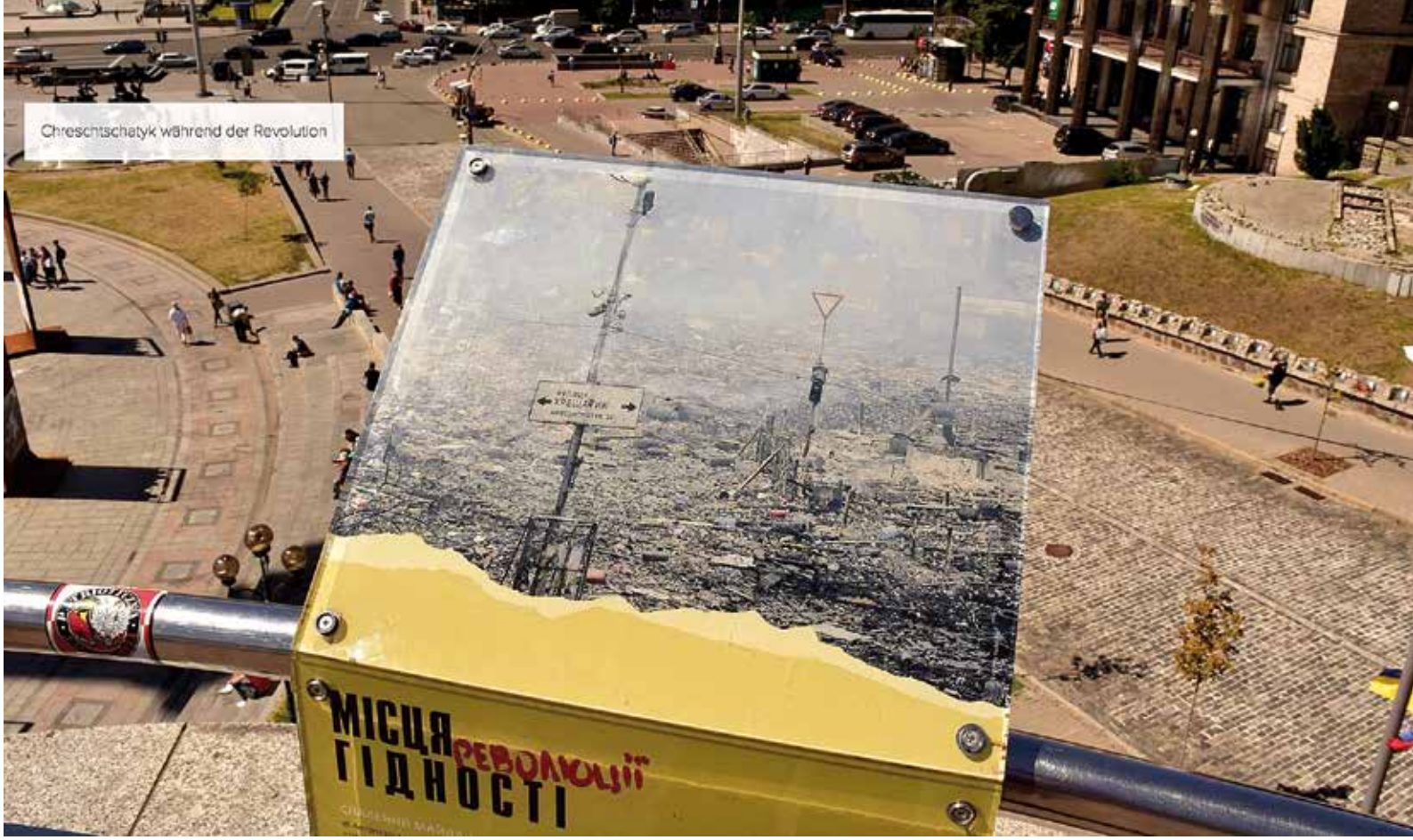
Der Krieg wurde zum Alltag

Und heute? Heute ist der Maidan aufgeräumt. Er strahlt im neuen Nationalstolz und versprüht Normalität und Optimismus. Die Gedenktafeln suggerieren, dass es dem Volk gelungen ist, den Staatsfeind Janukowitsch zu besiegen, und es werden die Helden der Revolution gefeiert, die «für die Würde der Ukrainer» gestorben sind. Der Platz vermittelt das Gefühl, dass das Problem der Vergangenheit angehört, überwunden ist. Doch das Land führt Krieg. Seit vier Jahren. Einen verfänglichen und zerstörerischen Krieg.

Das auf den Euromaidan folgende Regierungsvakuum und die landesweite Destabilisierung wurden zum Nährboden für radikale Gruppierungen, unterirdisch gärende Spannungen und geopolitische Machtansprüche von innerhalb und ausserhalb des Landes wuchsen. In der Zwischenzeit hat der Krieg bereits über 10'000 Menschenleben gekostet – also über hundertmal mehr Leben, als der Euromaidan selbst. Die anfängliche Euphorie ist längst verflogen, der Krieg wurde zum Alltag. Warum gekämpft wird, ist vielen unklar. Fragt man die Menschen in Kiew, haben die wenigsten eine Antwort. «Das ist nicht unser Krieg, das müssen Sie die da oben fragen.» Die da oben? Aber sterben tun die hier unten. Sie müssten doch wissen, wozu.

Künstlicher Konflikt – echter Tod

Genau so vage wie das Warum ist auch das Wer, also die Vorstellung davon, wer denn da überhaupt gegen wen kämpft. «Den (Kriegs-)Prozess in Gang gesetzt, und schon laufen Menschen aus der ganzen Welt herbei, um schiessen zu dürfen, sie kommen wie zur Safari.» So Nikolai Borisov. Er lebt und arbeitet seit Langem im Osten der Ukraine. Bereits in den 1980er-Jahren hatte er für ein Forschungsprojekt die wirtschaftlichen Gewebe und Strukturen im Donbass unter die Lupe genommen. Und bereits damals kam er zum Schluss: Die Situation in der Region ist explosiv.



Der Donbass habe eine der schwächsten Regierungsstrukturen in der Ukraine, da er sich durch den Kohleabbau zum Knoten für eine kriminelle Doppelwirtschaft entwickelt hatte. Diese haben dann auch in den 1990er-Jahren ein System von Oligarchen zutage gebracht, die in Windeseile und mit Hilfe der wilden Privatisierung die meisten politischen Führungspositionen besetzten. Auch Janukowitsch ist ein Kind des Donbass. Durch die so entstandene schwache Regierungsstruktur und weil es an der Grenze mit Russland liegt, sei das Don-Becken besonders geeignet für die Eskalation. So sieht es Nikolai Borisov, eine kleine, feine, fast schmächtige Figur, aber mit Wortgewandtheit und sicherem Auftritt. Er weiss, wovon er spricht.

«In der Ukraine gibt es keinen Grund für diesen Konflikt, ausser dass eine kleine Minderheit ihren Willen der Mehrheit aufzwängt, eine Gruppe von Business-Banditen, und die wurden auch noch von Russland unterstützt. Es kämpfen Ukrainer gegen Ukrainer. Der Konflikt ist absolut künstlich». Doch die Toten sind echt. Und je länger der Krieg dauert, desto mehr Menschen werden involviert, desto mehr Leid entsteht, und die Quellen für Hass- und Rachegefühle multiplizieren sich im Schneeballeffekt.

Im Dialog mit dem Feind

Handeln ist dringend, Rat jedoch teuer. Nikolai Borisov lässt sich nicht einschüchtern. Er kennt sich aus mit Konflikten. Ursprünglich Psychologe, war er bereits in Jugoslawien, im Baskenland und in Nordirland im Einsatz und hat in den turbulenten 1990er-Jahren ein Mediatorennetzwerk aufgebaut, die Ukrainian Mediation Group (1994–2000). 2014, nur kurze Zeit nach Beginn der Kämpfe, gründete er das Projekt Donbass-Dialog inmitten des ausbrechenden Chaos.

Der Projektname ist Programm: Es will einen Dialog zwischen den lokalen Bevölkerungen, die in den Donbasskonflikt involviert sind, ermöglichen. Einen Dialog zwischen der pro-ukrainischen und separatistischen Seite, zwischen Ost und West, aber auch zwischen der Front und den von dort Vertriebenen. Ein Gespräch mit dem Feind. Und das während laufendem Konflikt und mit einer dadurch ständig mäandrierenden Grenzlinie zwischen dem Hier und dem Dort. Die Frage drängt sich auf, ob das der richtige Ort und der richtige Zeitpunkt ist für ein Gespräch.

Zwischen Minen und Depression

Spricht man vom «Donbass», meint man nicht eine, sondern mindestens drei Realitäten. Da gibt es das von der ukrainischen Regierung kontrollierte Gebiet im Westen, das nicht von der Ukraine kontrollierte Gebiet im Osten und den Frontbereich. Und gleich abgestuft wird die Lebensqualität. Am härtesten trifft es die Menschen an der Front. Laut einer groben Schätzung leben dort noch 100'000 Zivilpersonen in direkter Nähe der Kampfhandlungen und somit ständig in Lebensgefahr.

«Die Umstände dort sind katastrophal. Alleine das Wissen, wie schwer es die Menschen dort haben, ist für mich kaum erträglich.» So Nikolai Borisov, der regelmässig zwischen den Seiten pendelt, unter anderem, um seine Verwandten zu besuchen. Menschen, die in dieser Zone bleiben, haben laut eigenen Aussagen oft keinen Ort, wo sie hingehen könnten. Wer kann, schickt mindestens seine Kinder zu Verwandten, zu gross ist die Minengefahr. Auch die meisten Männer im Wehrdienstalter sind geflüchtet, da sie Gefahr laufen, als Kollaborateure festgenommen zu werden. So sind es also oft ältere Frauen, die in den Häusern bleiben, diese sozusagen hüten. Unter anderem, um zu verhindern, dass ihr Besitz von der unzimperlichen Armee ‹umgenutzt› wird. Die Landwirtschaft verkommt völlig, keiner weiss, wo die nächste Mine liegt, nicht

Fortsetzung Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

einmal die Kampftruppen selbst, sobald sie einmal rotiert haben.

Zwei Millionen Vertriebene

Die permanente Gefahr und der höchst eingeschränkte Bewegungsraum, die Arbeitslosigkeit und der Mangel an Kontaktmöglichkeiten haben für viele schlimme psychische Folgen. Psychiaterinnen und Ärzte sind allerdings rar, wie auch die Angestellten der Behörden. Die Bevölkerung fühlt sich von Kiew vollkommen im Stich gelassen, ebenfalls von der Armee – von den Armeen. Der Krieg hat bereits knapp zwei Millionen Vertriebene hervorgebracht, im unkontrollierten Gebiet leben schätzungsweise noch 2,5 Millionen.

Die Grenze kann zwar überquert werden, was aber mit grossen Erschwernissen verbunden ist. Stundenlanges Anstehen, oft über Nacht, Schmiergelder, Schikanierung und die Nähe zum Konfliktherd machen die Überquerung zu einer Qual und einem teuren und gefährlichen Unterfangen. Viele schaffen es nicht einmal an die Beerdigung ihrer Verwandten. Es wird erzählt, dass es vorkommt, dass ältere Menschen bei der kräftezehrenden Überquerung sterben. Trotzdem sind es mehrere Tausend täglich, die diese Strapazen auf sich nehmen. Sei es um auf der ukrainischen Seite einzukaufen, Medikamente zu besorgen, Verwandte zu besuchen, sei es, um Rentengelder oder sonstige soziale Leistungen abzuholen, denn diese können sie auf der Ostseite nicht beziehen.

Allerdings riskieren sie bei jeder Überquerung, dass die Grenzwache ihre Daten an die Behörden weiterleitet, die daraufhin den Grenzgängern – inoffiziell – die Sozialleistungen streichen: Landesverräter. Und wo es Grenzen gibt, ist wie so oft die Korruption nicht weit. «Die Zöllner verstecken die Geldhaufen nicht einmal. Natürlich gibt es hier viele, die haben absolut, aber absolut kein Interesse daran, dass diese Checkpoints je wieder verschwinden», erzählt eine der regelmässigen Checkpoint-Passantinnen.

Zu den Vertriebenen gehört auch Nikolai Borisov und Daria Orlando, sie haben sich auf die kontrollierte Seite gerettet. Nicht gerade sicher, aber doch immerhin so, dass sie Strom haben zum Arbeiten, eine Arbeitsstelle, um die Freiwilligenarbeit beim Donbass-Dialog zu finanzieren und gut vernetzt bleiben, um den Dialog am Laufen zu halten – ein Projekt, das vom ununterbrochenen Internetzugang lebt.

Crowdsourcing für Friedensförderung

Internet ist das Schlüsselwort dieses neuartigen Projektes, neuartig nicht nur, weil während laufendem Konflikt geführt, sondern auch, weil beide Konfliktseiten involviert sind und weil Crowdsourcing bisher nicht in der Friedensförderung angewendet wurde. Konkret ist der Ablauf der Folgende: Erst wird von den Organisatoren zusammen mit einer Expertengruppe ein Oberthema gewählt. In einer geschlossenen Facebook-Gruppe werden dazu Fragen gesammelt (Crowdsourcing), diese wiederum zusammengeführt, ‹aggregiert›, und die so entstandenen Unterthemen der Facebook-Community zum Abstimmen vorgelegt. Die so ausgearbeiteten Fragen legen die Grundlage für das vier Tage dauernde Onlinegespräch. Jedes der einzelnen Gespräche zwischen jeweils zwei bis drei Personen wird von einem Fazilitator (Vermittler) geführt. Zwischen den Gesprächen gibt es thematische Inputs von ExpertInnen. Im Anschluss an die Gespräche modelliert die ExpertInnengrupppe das Besprochene in eine Schlussfolgerung um.

Crowdsourcing bedeutet, dass die zu diskutierenden Themen nicht von den Organisatoren vorgegeben (top-down), sondern von den Beteiligten gemeinsam in einem viermonatigen Onlineprozess erarbeitet werden. Der Hauptvorteil ist, dass möglichst viele Menschen in den Friedensprozess miteinbezogen werden können. Diese inklusive Arbeitsweise ist einerseits für das Resultat der Gespräche ausschlaggebend, in dem sich eine Vielzahl von Perspektiven und Erfahrungen widerspiegeln. Andererseits trägt sie bedeutend dazu bei, dass die betroffenen Menschen aktiv werden. «Sie werden heraugeholt aus ihrer Starre des behördenhörigen und schicksalsergebenen Homo Sovjeticus», heraus aus ihrer Haltung des Klagens und Fragens, hin zu einer Haltung des Mitdenkens und Einbringens von eigenen Vorschlägen, in einen Prozess geführt, in dem sie das Zusammenleben gemeinsam gestalten.

Eine verwirrende Frontbegegnung

Während sich die Donbass-Dialog-Equipe in die letzen Vorbereitungen vertieft, wird an der Front weitergeschossen. In Kiew ist diese Front durch das geschäftige Alltagstreiben und die Heroisierung der Maidan-Opfer in den Hintergrund gerückt. Einzige Erinnerung sind die auffällig zahlreichen unbewaffneten Soldaten, die in der Stadt unterwegs sind, mit Kriegsverletzungen am Strassenrand um Geld betteln und neben den Maidan-Gedenkstätten übernachten. Sie seien im Urlaub, lachen sie. Eigentlich sind sie Kriegsverletzte und gehören ins Spital. Aber dieses können sie sich nicht leisten, deshalb tummeln sie sich gemeinsam mit anderen Freiwilligen um den Maidan und verkaufen die Gedenkstoffbänder, die PassantInnen an die Denkmäler knüpfen und deren Erlös den Kriegsverletzten zukommt.

Wieder versucht ein Luxuswagen vor der Gedenktafel zu parken. Die beiden Soldaten schicken ihn höflich, aber bestimmt weg. «Etwas mehr Respekt für die Toten, bitte.» Der Polizist, der eigentlich genau für diese Aufgabe angestellt wäre, sitzt in einiger Entfernung im Schatten und raucht. Die Soldaten sind zwischen dreissig und vierzig, freundlich, sie sprechen fliessend russisch und ukrainisch. Sie sind offen und haben die Welt bereist und zitieren russische Literatur. Irgendwo haben sie auch eine





Familie. Es scheint, als gäbe es nichts Einfacheres, ihnen die Uniform auszuziehen und sie in Shorts, Sonnenbrille und Flipflops an den nahe gelegenen Sandstrand zu schicken, ein normales Leben zu führen, fern von betäubenden Detonationen, brennenden Feldern und durch Minen abgetrennten Körperteilen. Was bringt sie dazu, täglich ihr Leben zu riskieren?

«Wir kämpfen für unser Volk.» Für welches Volk in diesem Wirrwarr von Bevölkerungsverschiebungen, die nicht nur die Sowjetunion mit sich brachte? Beide haben russische und ukrainische Wurzeln. Und auch ihr «geographisches Volk», also die Zivilbevölkerung in den Kriegsgebieten, leidet offensichtlich unter der Präsenz der Armee, anstatt sich von ihr geschützt zu fühlen. «Die unterstützen die andere Seite, sind doch alles Separatisten, auch wenn sie auf unserer Seite der Front leben. Warum sollten wir sie schützen?»

Bruderkampf

«Wir müssen zurück an die Front, es gibt fast keine erfahrenen Kommandanten. Wenn ich nicht zurückkehre, werde ich durch einen jungen unerfahrenen Offizier ersetzt, und das wird viele Menschenleben kosten, das kann ich doch nicht zulassen.» Der andere ergänzt. «So viele meiner Freunde sind für diese Sache gestorben, ich muss sie jetzt zu Ende führen, nur schon ihretwegen.» Die beiden Soldaten stehen zwischen den schwarzen Metallgestellen, auf denen die Porträts der Maidan-Opfer ausgestellt sind. Die Gesichter der gefallenen Soldaten sucht man hier vergebens.

«Das Schlimme ist, die Kriegshandlungen sind völlig überflüssig, es geht um gar nichts, ein Telefonanruf und eine Flasche Wodka würden reichen, und beide Armeen würden sich zurückziehen. Wir warten alle nur auf diesen Befehl.» Und vor dem Krieg? Vor dem Krieg führten sie ein Geschäft in Russland. «Wir haben nichts gegen die Russen, nur etwas gegen die Separatisten. Oder gegen die eigentlich auch nicht, sind nette Kumpels dabei. Wenn es ruhig ist und kein Befehl von oben kommt, rauchen wir zusammen und reden über Frauen.» Sie lachen. Und nach einer Pause: «Mein Bruder kämpft auf der anderen Seite.» Beide zünden sie sich eine Zigarette an.

Reden gegen den Strom

Menschen, die gegeneinander Krieg führen, lassen sich nur schwer zu einem Gespräch überreden. Die Gefahr, die Beziehungen zu verschlimmern ist erheblich. Und das Risiko, selbst zwischen die Fronten zu geraten, ist im direkten und übertragenen Sinne allgegenwärtig. Die Bevölkerungsgruppen auf beiden Seite der Front werden genährt mit hassschürenden Parolen, in denen die Menschen der anderen oder einer dritten Seite als Bedrohung und Grund des Krieges dargestellt werden. Mit jedem Tag und jedem Tod mehren sich Wut und Unverständnis. Die Menschen aus diesem Sog herauszureissen und für die Teilnahme am Donbass-Dialog zu gewinnen, ist eine der schwierigsten Aufgaben für die Organisatoren.

Dazu kommt, dass viele mit dem reinen Überleben ausgelastet sind. Und «in der Ukraine fehlt es katastrophal an professionellen Fazilitatoren. Das Land hat seine Fazilitatoren auf dem Maidan verloren. Viele waren sehr engagiert in der Maidan-Bewegung. Was auch bedeutet, dass die meisten ihre Neutralität verloren haben. Und ein Fazilitator ohne Neutralität ist ein wertloser Fazilitator.» Nicht zuletzt stellt das Arbeiten in der Nähe und mit der Front immer wieder sicherheitstechnische Herausforderungen. «Auch die Familie leidet sehr darunter», gibt Nikolai Borisov zu, «es wäre viel einfacher, wegzuziehen.»

Die OSZE zählt und schätzt die Toten

Anfang Juni 2018. Auf der desillusionierenden Webseite der OSZE werden neue Verletzungen des Waffenstillstandes verzeichnet. Diese festzuhalten, gehört zu den Kernaufgaben der Special Monitoring Mission (SMM) der OSZE. Sie publiziert die Verletzungen täglich. Die heutige Liste ist lang, zehn Seiten lang. In den letzten 24 Stunden ist es zu (mindestens) 185 Waffenstillstandsverletzungen gekommen. 27'000 Verletzungen waren alleine im Monat Mai gezählt worden. Immer wieder sind auch Zivilpersonen betroffen, werden isoliert, verletzt oder getötet.

An den Waffenstillstand, der mit den Minsker Abkommen I (2014) und II (2015) festgelegt worden war, glaubt schon lange niemand mehr. Weder die Soldaten noch die Politiker noch die Zivilbevölkerung. Nach wie vor benützen beide Seiten schwere Waffen, die grosse Schäden anrichten, die Truppen sind viel zu nahe positioniert und es gibt keinen neutralen Akteur zwischen ihnen, der für die Respektierung des Waffenstillstandes garantieren könnte. Die Frage nach dem «Wer hat angefangen» gleicht der Frage nach dem Huhn und dem Ei. Beide Seiten sehen sich als Opfer und ihre Handlung als pure Selbstverteidigung.

Allgemeines Seufzen an der Front

Und warum gehen die Angriffe weiter trotz OSZE-Präsenz? «Die schauen ja nur zu!», lacht ein Kommandant, während er den Frontverlauf und die OSZE-Positionen auf ein zerknittertes Stück Papier kritzelt. Der SMM, der grössten und teuersten OSZE-Mission mit – im Juni 2018 – über 1200 Personen im Einsatz, bleibt nicht viel anderes übrig, als zuzuschauen und zu zählen. Sie zählt und zählt und schätzt. Es sei oft «schwierig festzustellen wer was woher und wohin schiesst», bemerkt ein OSZE-Mitarbeiter in einem ernüchternden Gespräch über die hoffnungslose Situation. Ist es da nicht – gelinde gesagt – deprimierend, dabei zusehen zu müssen, dass die eigene Präsenz of-

Fortsetzung Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

fensichtlich die Kriegsparteien in keiner Weise einzuschüchtern vermag?

Zögern. «Offiziell gesehen, wenn wir präzise festhalten, was geschieht, ist unsere Mission erfüllt, und unsere Leistung ist diesbezüglich sehr zufriedenstellend. Auf persönlicher Ebene – auf persönlicher Ebene kann es allerdings schon sehr deprimierend sein.» Ist der Einsatz der OSZE in der aktuellen Konfliktsituation denn wirklich gerechtfertigt angesichts der Ohnmacht, der Kosten und, nicht zu vergessen, der Todesopfer von OSZE-Mitarbeitern? Allgemeines Seufzen, auf politischer, diplomatischer, zivilgesellschaftlicher und militärischer Ebene, im Osten wie im Westen der Front.

Die grosse Ukraine-Müdigkeit

Und doch bleibt die OSZE eine der einzigen und zuverlässigsten Quellen zum Geschehen an der Front. Ausserdem verhandelt sie immer wieder kleinere, aber überlebenswichtige Waffenstillstände, damit mindestens zivile Anlagen, die in die Schusslinie geraten sind, repariert werden können. Wie zum Beispiel die Wasserfiltrationsanlage, bei deren Ausfall 400'000 Menschen ohne sauberes Wasser auskommen müssen. Und sie bemüht sich um einen Dialog, so zum Beispiel beim Austausch der Gefangenen, der von der humanitären Gruppe der SMM Ende 2017 erwirkt werden konnte. 380 Gefangene, nach fast drei Jahren Verhandlungen – eine Errungenschaft, und doch bleibt es ein Tropfen auf den heissen Stein.

10'000 Menschenleben in nur vier Jahren bedeutet einen Schnitt von sieben Menschenleben pro Tag. Und wo bleibt die Bevölkerung? Die Menschen, die sich bei dem brutalen, jedoch nicht tödlichen Vorgehen gegen die Demonstranten im November 2013 vom einem auf den anderen Tag zu Hunderttausenden auf den Maidan drängten? Die Millionen von Menschen, die den Euro-Maidan moralisch und finanziell unterstützten? Die Medien und sozialen Medien, die einem kleinen Funken ermöglichten, Menschenmassen weltweit in Bewegung zu setzen? Jetzt, wo es um über 10'000 Tote geht, schweigt das Volk. Es schweigen die Medien. Es schweigt die internationale Politik. Längst hat sich die Ukraine-Müdigkeit verbreitet.

Kann die Zivilgesellschaft überhaupt eine Rolle spielen in diesem Konflikt? Oder haben doch diejenigen recht, die glauben, dass eine Lösung nur «von denen da oben» kommen kann? Tatsächlich wird die Zivilgesellschaft von der politischen Ebene kaum miteinbezogen. Aus mangelndem Vertrauen und vor allem auch, weil sich die Regierungsvertreter bis anhin nicht einigen konnten, wer überhaupt die Kriegsparteien sind. Zwischen wem soll vermittelt werden? Ein Dialog zwischen UkrainerInnen von beiden Seiten der Konfliktlinie wird von der ukrainischen Regierung abgelehnt. Ein Dialog zwischen StaatsbürgerInnen der Ukraine und Russlands wiederum ist für Russland inakzeptabel, das sich nicht als Kriegspartei sieht. «Der Konflikt ist mittlerweile so komplex, dass es nicht eine Lösung braucht, sondern eine Vielzahl von Lösungen auf verschiedenen Ebenen», ist Nikolai Borisov ist überzeugt.

Tödliche Gesprächspausen

Ein Blick zurück auf die politische Ebene, die Track-1-Mediation, stimmt etwas weniger optimistisch. Ganze 16 Monate hatten sich die Präsidenten der Ukraine und Russlands nicht mehr getroffen. 16 Monate, während denen fast täglich Menschen für diesen Konflikt sterben, aus Überzeugung, aus gutem Willen, aus Verblendung, aus Hoffnung, dass ihr tödlicher Einsatz das Land einer Lösung näher bringt. Diese lange Gesprächspause weckt Zweifel, ob der politische Wille überhaupt vorhanden ist, dieses Niederschlachten zu beenden.

Russland kann seinen Einfluss demonstrieren und eine weitere Annäherung der Ukraine an die EU behindern. Der Ukraine ihrerseits kommt der Krieg gelegen, um von internen Problemen (inklusive der nach wie vor grassierenden Korruption) abzulenken, von westlicher Unterstützung zu profitieren und, nicht zuletzt, um zu verhindern, dass die im Donbass lebenden Bevölkerungsgruppen, die sich von Kiew im Stich gelassen sehen, ein Wahlrecht erhalten. Und Europa ist verunsichert, ob es nicht doch mit seiner Entweder-oder-Strategie, «Russland oder wir», Ukraines Abdriften von einer Krise in einen Krieg begünstigt hat.

Föderalisten = Terroristen?

Die so dringend benötigte Dezentralisierung und Föderalisierung dieses Landes, das flächenmässig fast doppelt so gross ist wie Deutschland und dessen unterschiedlichsten Regionen nur sehr wenig miteinander zu tun haben, geht nur sehr schleppend voran. Auf verschiedensten Ebenen wird Föderalisierung mit Abspaltung und Abspaltung mit Terrorismus verbunden. Also Föderalisten gleich Terroristen. Ein Gedankengang, an den man sich als Schweizerin erst einmal gewöhnen muss.

Am 11. Juni 2018 trafen sich nun die Aussenminister von Russland und der Ukraine im sogenannten Normandie-Format, also gemeinsam mit Deutschland und Frankreich. Haupttraktandum: Die Stationierung von UNO-Blauhelmen, die zumindest den Waffenstillstand garantieren könnten. Doch die Vorstellungen, wie eine solche Mission aussehen sollte, liegen auch nach dem Gespräch noch sehr weit auseinander – zu weit. Russland will die Friedenstruppen ausschliesslich an der Frontlinie in der Ostukraine einsetzen. Die Ukraine hingegen will Blauhelme im ganzen Kriegsgebiet, vor allem an der rund 400 Kilometer langen Grenze zu Russland. Der Optimismus bezüglich einer Einigung ist klein. «Vielleicht in zwei Jahren», ist von diplomatischen Kreisen zu hören.

Zurück zum Lebenssinn

In der Zwischenzeit ist der Donbass-Dialog erfolgreich durchs Kabel. Ein Dialog über das schwierige Thema Rückkehr. Eine Rückkehr wohin? Alle wissen, dass es diesen Ort, diesen Zustand, diese Zeit, in die sie zurückkehren möchten, bereits nicht mehr gibt, dass sie für immer verloren ist. Ihnen bleibt, ihre Vorstellungen, Wünsche, Bedingungen, Ängste und Visionen davon, wie sie ihr zukünftiges Zusammenleben gestalten möchten, zu teilen. Das Donbass-Dialogteam ist völlig übermüdet, doch zufrieden. Die Resultate werden erst in den nächsten Wochen auf ihrer Seite publiziert werden, erst wenn sie von allen abgesegnet sind. Nikolai Borisov schaut auf vier Jahre intensivsten Einsatz zurück. «In Anbetracht der Umstände, unter denen wir arbeiten, ist nur schon die Tatsache alleine, dass das Projekt noch existiert, ein Erfolg.»

In den vier Jahren hat es das unbezahlte und unterbelegte Team geschafft, 25 Dialoger für die Gespräch zu mobilisieren, die Online-Gemeinschaft ist auf 350 Personen gestiegen, die Expertengruppe auf 60 Personen und die Anerkennung auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene hat deutlich zugenommen. «Aber das Wichtigste», so Nikolai Borisov, «das Wichtigste sind die Veränderungen, die die Dialoger selbst durchmachen. Zu Beginn glauben sie,

sie wüssten alles über den Krieg. Durch den Donbass-Dialog erst wird ihnen bewusst, dass es sich um sehr diffuse Meinungen und Vorstellungen handelt, die sie über einseitige Informationskanäle aufgebaut haben, nicht aber um Wissen. Der Donbass-Dialog wird für sie zu einer entscheidenden Informationsquelle, um einen eigenen Standpunkt zu definieren. Und vor allem verstehen sie, dass sie Teil der Lösung sind. Sie entwickeln sich von Objekten zu selbst denkenden und selbst entscheidenden Subjekten.»

Donbass-Dialog schaut nach vorne

«Und was das Faszinierende ist: Sie einigen sich fast immer auf etwas, sogar diejenigen, die aufeinander schiessen. Zu sehen, wie diese Menschen gemeinsam an einer Lösung arbeiten, ist eine grosse Befriedigung.» Und Daria Orlando? Die fleissige Ehrenamtliche im Hintergrund, die so vieles zusammenhält, plant, ordnet, organisiert, endlose Stunden in das Projekt investiert und dies neben dem ohnehin nicht gerade süssen Alltag im Donbass tut. Der Donbass-Dialog schaut nach vorne. Die Plattform soll ausgebaut, eine Zusammenarbeit mit den VerhandlungsvertreterInnen auf Regierungsebene aufgegleist werden. Ausserdem will man dringend Fazilitatoren ausbilden. Und und und. Die Vision reicht unüblich weit über den üblichen Konfliktthorizont hinaus.

«Wenn der Krieg vorüber ist, wird es vielleicht Dialog-Busse geben, die in der ganzen Ukraine zum Gespräch einladen, zum Gespräch über schwierige Themen mit Menschen, denen man sonst nicht begegnen würde.» An Themen und Regionen würde es nicht fehlen. «Die Crowdsourcing-Methode hat noch enormes Potenzial für die Anwendung in verschiedensten Lebensbereichen und kann zur Unterstützung eines langfristig friedlichen Zusammenlebens der vielfältigen ukrainischen Gesellschaft beitragen», ist Nikolai Borisov überzeugt. In dieser Friedensorganisation ist der Frieden nicht das primäre Ziel, sondern der Prozess, der permanente Prozess.

Zwischen Altlast und Zukunftsvision

Die Sonne geht unter über Kiew mit seinen endlosen Parks, dem weit verästelten Dnepr und seinen sommerlich entspannten BewohnerInnen in Wochenendstimmung. Diese blutgetränkte Stadt riecht heute nach Blumen, und an den Strassenrändern häufen sich Berge aus frischen Beeren. Der Chreschtschatyk ist gesperrt, und die breite Strassenfläche hat sich in eine Ausgangsmeile verwandelt, auf der sich Breakdancer, Skater, Familienpicknicks, Gokarts, Technopartys und Jongleure vergnügen. In den letzten Sonnenstrahlen glänzt die Stadt, als wäre sie aus reinem Gold.

Inmitten des Abendsonnenkitschs stehen die Porträts der «himmlischen Hundertereinheit», die ihr Leben auf dem Maidan gelassen hat. Sie säumen die Strassen, sind angelehnt zwischen Pflastersteinen oder eingebettet in Autopneus. Sie kleben an Bäumen, an Strassenlampen, an Metroeingängen und Säulen. All diese provisorischen Gedenksstätten sind, wie so vieles im Zusammenhang mit dem Maidan, auch eine Initiative der Zivilgesellschaft. Menschen halten inne vor den Tafeln, die einen zum Lesen der Gedichte, der Namen und Jahrzahlen, die anderen zum Beten, zum Gedenken, zum Weinen.

Ein Stück Lebenssinn zurückgeben

Die Stadt sehnt sich nach Sommer, nach Normalität, nach Sorglosigkeit. Aber ob das Sehnen reicht? Die zerschlagenen Bodenplatten des Maidans zeigen noch die Spuren einer zerrüttenden Vergangenheit. Die Menschen darauf tanzen vergnügt. Vielleicht auch gerade so ausgelassen, weil hier niemand sicher ist, wie lange diese Stimmung anhält. Folgen schon bald eine viel grössere Finanzkrise, eine Verschärfung der Kampfhandlungen, eine weitere Verhärtung der Positionen und vor allem noch viel mehr Armut und Leid für die Bevölkerung, die die Folgen der Unruhen zu tragen hat?

Aber auch da ist das Gefühl von einem neuen Wind zu spüren, von einer neuen Identität, von einem Vorwärtsdrängen, einem neuen sozialen Zusammenhalt, weg vom Gefühl der Machtlosigkeit hin zu Partizipation, weg von Resignation, hin zu «Wir schaffen das». Hier sind Menschen, die sich einsetzen für einen Dialog an den unmöglichsten Orten und zum unmöglichsten Zeitpunkt. Die sich einsetzen für die Gestaltung eines Raums, in dem sie gemeinsam leben wollen und in dem sie als Zivilgesellschaft eine aktive Rolle spielen. Menschen, die Frieden nicht als unterzeichneten Vertrag, sondern als permanentes Arbeiten an Beziehungen verstehen, Menschen, denen es gelingt, der Aussichtslosigkeit konkrete Handlungen gegenüberzustellen und Kriegsbetroffenen ein Stück Lebenssinn zurückzugeben.

www.peaceprints.ch

Die Ostukraine – Europas vergessener Krieg

Seit bereits vier Jahren herrscht im Osten der Ukraine Krieg zwischen der ukrainischen Armee und prorussischen Separatisten. Der Ausnahmezustand im Donbass ist für die betroffene Zivilbevölkerung und die Soldaten längst bitterer Alltag geworden. Mit der Fortdauer des Konflikts zementiert sich die faktische Abtrennung der selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk. Die Reportage von Lea Suter (ab Seite 4) berichtet über eine Friedensinitiative in der Ukraine. Das Buch «Ostukraine – Europas vergessener Krieg» des Journalisten André Widmer zeigt ebenfalls eindrückliche Momentaufnahmen, diesmal aus dem Kriegsgebiet selber.

Er besuchte wichtige Schauplätze wie Debalzewe, den seinerzeit heftig umkämpften Flughafen Donezk oder die Kleinstadt Awdijiwka, aber auch von der Aussenwelt abgeschnittene Dörfer in der sogenannten grauen Zone. Er sprach mit Zivilisten, die in den Ortschaften nahe der Frontlinie wohnen und die geblieben sind, aber auch mit solchen, die flüchten mussten. Zudem führte er Gespräche mit Soldaten an der Front und stieg mit freiwilligen Kämpfern des Rechten Sektors in die Schützengraben. Interviews mit hohen Repräsentanten der ukrainischen Regierung, der Separatisten sowie mit dem Schweizer Vizechef der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine, Alexander Hug, runden die Reportagen zur aktuellen Situation in der Ostukraine ab. Im Anhang finden sich nicht nur Bilder Widmers aus dem Kampfgebiet, sondern auch die Vorgeschichte und Chronologie des Krieges.

André Widmer: **Ostukraine – Europas vergessener Krieg**. Reportagen aus dem Donbass. Rotpunktverlag, Zürich 2018, 176 Seiten, Klappenbroschur, mit farbigem Bildteil, Fr. 29.–



Protest gegen Krim-Unterdrückung

Russland hält über 70 ukrainische politische Gefangene auf seinem Territorium fest. Unter ihnen ist der bekannte Filmemacher Oleg Senzow, Gegner der russischen Annexion der Krim. Er ist wegen angeblichem Terrorismus zu 20 Jahren Lagerhaft in Russland verurteilt worden. Seit dem 14. Mai 2018 ist er im Hungerstreik.

/ Diana Hryzyschyna /

Oleg Senzow ist ein 42-jähriger ukrainischer Filmregisseur und Politaktivist, der gegen die russische Annexion der Krim und deren Intervention im Donbass aufgetreten ist. Er wurde in Simferopol, der Hauptstadt der Krim, geboren. 2014 war er Euromaidan-Aktivist. Euromaidan ist die Bezeichnung für die Bürgerproteste in der Ukraine ab 2013 als Folge der Tatsache, dass die damalige ukrainische Regierung das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union nicht unterzeichnen wollte. In der **FRIEDENSZEITUNG** Nr. 10 vom September 2014 findet sich dazu eine ausführliche Darstellung.

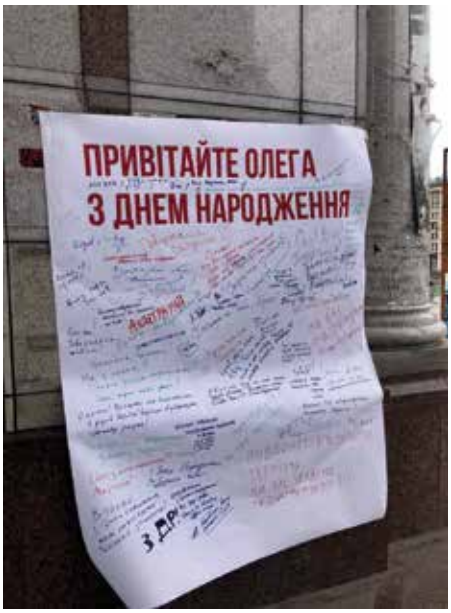
Der Grund für die Inhaftierung

Am 11. Mai 2014, nach Russlands Annexion der Krim, wurde Oleg Senzow zusammen mit anderen Menschen vom russischen Sicherheitsdienst verhaftet und nach Moskau überstellt. Der russische Vorwand waren angeblich geplante Terroranschläge auf Brücken. Als Belege für Senzows «faschistische» Gedanken dienten zwei Dokumentarfilme über das Dritte Reich aus der DVD-Sammlung des Regisseurs. Auch bei der Suche nach potenziellen Tatwaffen scheiterten die Behörden, und ein angeblicher Mittäter, der Senzow zunächst belastete, erklärte während des Prozesses überraschend, dass seine Falschaussage durch Folter erzwungen worden sei. Senzow wurde im August 2015 zu 20 Jahren Straflager verurteilt. Als der Richter die Gefängnisstrafe aussprach, erklärte Senzow: «Wir haben uns gewehrt, und wir haben gewonnen (über die Revolution in der Ukraine). Hier (in Russland) wird es früher oder später auch so kommen.» Mit einem Zitat des russischen Schriftstellers Michail Bulgakow, «Die grösste Sünde ist Feigheit», beschloss er seine Rede.

Im Hungerstreik

Die Strafkolonie, in die er verbracht wurde, heisst Weisser Bär. Sie befindet sich in Labytnangi am Polarkreis Russlands. Seine Strafe hat er am 13. November 2017 angetreten. Mit seinen beiden Kindern steht er nur in Telefon- und Briefkontakt. Am 14. Mai 2018 kündigte er einen Hungerstreik an. Seine Forderung: Alle anderen 64 ukrainischen politischen Gefangenen, die in der Russische Föderation inhaftiert sind, freizulassen. Am 23. Juli hatte Oleg Senzow Geburtstag. An diesem Tag wurde ein Plakat mit Wünschen für ihn auf dem Platz der Unabhängigkeit in Kyiw (Kiew) platziert.

Dort konnten ihm alle Leute ihre Unterstützung zeigen. Zur Zeit unseres Redaktionsschlusses ist Senzow mehr als 90 Tage im Hungerstreik und seine Schwester informierte, dass sein Gesundheitszustand sehr schlecht sei: Er könne sich nicht bewegen, ausserdem habe er keine Briefe seiner Angehörigen bekommen. Vor fast einem Monat hat Senzows Mutter den russischen Präsidenten Wladimir Putin um eine Begnadigung gebeten.



Internationale Proteste

Die Europäische Union und die USA verurteilten Senzows Inhaftierung und forderten seine Freilassung. Amnesty International und der Vorsitzende der European Film Academy, Mike Downey, baten die russischen Behörden ebenfalls um Entlassung aus dem Gefängnis. Am 14. Juni 2018 unterstützte das Europäische Parlament eine Entschliessung zur Freilassung von Senzow und anderen ukrainischen politischen Gefangenen. Dort erfolgte auch der Vorschlag, nicht an der Fussball-Weltmeisterschaft 2018 teilzunehmen, dem allerdings kein Erfolg beschieden war.

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hatte bereits am 12. Oktober 2017 eine Erklärung über die Situation der ukrainischen politischen Gefangenen in der Russischen Föderation

Die Ukraine in der FRIEDENSZEITUNG

Ausgabe 8-2014:
– Die russische Intervention auf der Krim-Halbinsel: Keinerlei völkerrechtliche Legitimation. (Franziska Kring und Theresa Stollmann)

Ausgabe 9-2014:
– Droht ein Krieg um die Ukraine? (Andreas Zumach).
– Die Ukraine – eine Gesellschaft zwischen Macht und Ohnmacht: Wichtiger Heilungsprozess. (Cécile Druey und Jürgen Kräftner)

Ausgabe 10-2014:
– Ukraine-Sanktionen: Abseitsstehen ist keine Lösung. (Editorial)
– Ukraine 2013–2014: Von der Studentenrevolte zum internationalen Konflikt: Die Folgen des Maidan-Aufstandes. (Jürgen Kräftner und Cécile Druey)
– Brandgefährliche Eskalation in der Ukraine. (Red.)
– Friedenspolitische Vorschläge für eine Deeskalation im Donbass: Eine Road-Map für die Ukraine. (Andreas Buro und Karl Grobe)

Ausgabe 12-2015:
– Ukraine: Klassischer Fall für ein Eingreifen der UNO, und
– Die OSZE im Ukrainekonflikt: Starkes Engagement mit dürftigem Ergebnis; Auszüge aus dem Buch von Andreas Zumach «Globales Chaos – machtlose UNO».
– Botschafter Thomas Greminger zum OSZE-Engagement für Konfliktprävention in der Ukraine in den Jahren 2013 und 2014: Schweizer Engagement für Ukraine-Konfliktprävention.

Ausgabe 14-2015:
Bericht aus einem Flüchtlingscamp im Donbass: Was geschieht eigentlich in der Ukraine? (Maša Soršak)

Ausgabe 24-18:
Sezessionen und Autonomiebestrebungen im Vergleich: Grenzveränderungen sollten nur einvernehmlich erfolgen. (Andreas Zumach)



und der Krim verabschiedet: «Seit dem Beginn der russischen Aggression gegen die Ukraine im Jahr 2014, gefolgt von der rechtswidrigen Annexion der Krim und der militärischen Einmischung in den östlichen Donbass, wurden zahlreiche Fälle von Menschenrechtsverletzungen an ukrainischen Staatsangehörigen, einschliesslich Krimtataren, von der UNO und der OSZE dem Europarat gemeldet. Die russischen Besatzungsbehörden auf der Krim nutzen alle Methoden, um auf der Halbinsel eine Atmosphäre der Angst zu schaffen».

Askold Kurow, ein usbekischer Dokumentarfilmer, der in Russland wohnt, hat Filme über Menschenrechtsverletzungen und soziale Konflikte im heutigen Russland gedreht, darunter: «Der Prozess: Kreml gegen Oleg Senzow» («The Trial: The State of Russia vs Oleg Sentov»). Der Film lief an der Berlinale 2017 in der Reihe Berlinale Special. Kurow folgte dem Schauprozess, in dem sich Senzow selbst verteidigte. Der Film enthüllt eine absurde und beängstigende kafkaeske Geschichte über die Staatsmaschinerie, der Senzow gegenüberstand.

Das Dokumentarfilmfestival 2017 in Budapest über die Menschenrechte zeigte den Film ebenfalls. Amnesty International Ungarn war anwesend und organisierte eine Kampagne «Free Senzow!» Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) ist im Fall «Sentsov against Russia» zum Schluss gekommen, dass Russland Artikel 3 (Verbot der Folter), Artikel 5 (Recht auf Freiheit und Sicherheit) und Artikel 34 (das Recht auf individuelle Anwendung ohne Behinderung) der EMRK verletzt hat.

Ukrainische Gefangene in Russland

Es gibt über 70 ukrainische politische Gefangene in Russland. Die Menschen wurden festgenommen, weil sie sich gegen die illegale Annexion der Krim ausgesprochen haben. Dazu einige konkrete Beispiele: Oleksiy Chyrniy wurde in einer psychiatrischen Klinik festgehalten. Brutale physische Gewalt wurde gegen Oleksandr Kolchenko angewendet. Hennadii Afanasiev und Oleg Senzow überlebten barbarische Folter, erlitten körperliche und psychische Erniedrigung. Drei ukrainische Staatsbürger, die sich derzeit in russischer Haft befinden, sind derzeit ebenfalls im Hungerstreik, mit der Forderung Russland solle die ukrainischen politischen Gefangenen freilassen.

Mykya Borkin, Illya Zuikov, Enver Asanov und Stepan Tsyryl wurden beschuldigt, Mitglied einer Krim-Terroristengruppe zu sein. Nach der russischen Annexion der Krim 2014 wurden mindestens 19 Personen wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in dieser Gruppe verhaftet.

Auch die Krimtataren sind Opfer

Seit der Krimkrise 2014 ist die oberste Exekutivbehörde des Krimtatarischen Volkes – der Medschlis – Gegner der Sezession der Krim. Seit April 2016 ist er in der Russischen Föderation als «extremistische Organisation» eingestuft. Seine Tätigkeit ist verboten. Die stellvertretenden Leiter Ahmet Chiygoz und Ilmi Umerow sind in Haft in Russland.

SCHWEIZERISCHER **FRIEDENSRAT**

Einladung zur Jahresversammlung 2018

Freitag, 28. September 2018
16.15 – 18.15 h: Statutarische Versammlung

19.00 – 20.30 h: Veranstaltung mit Diana Hryzyschyna zur Lage in der Ukraine und der Krim

SFR, Gartenhofstr. 7, Zürich

Zur statutarischen Jahresversammlung des Schweizerischen Friedensrates sind nicht nur die SFR-Mitglieder und AbonnentInnen der **FRIEDENSZEITUNG** herzlich eingeladen, auch Nichtmitglieder sind als Gäste willkommen.

1 Begrüssung / Entschuldigungen
2 Protokoll der Mitgliederversammlung vom 1. Dezember 2017 in Zürich
3 Jahresbericht 2017/2018 des Präsidenten Ruedi Tobler
4 Jahresrechnung 2017, Revisorenbericht, Finanzausblick
5 Wahlen (Präsident/in, Vorstandsmitglieder, Revisoren)
6 Ausblick auf die Arbeit des nächsten Jahres
7 Anträge und Anliegen der Mitglieder, Informationen, aktuelle Stellungnahmen

Statutarische Versammlung von 16.15 – 18.15 Uhr. Pause. Anschliessend um 19.00 bis ca. 20.30 Uhr öffentliche Veranstaltung zur Ukraine: **Diana Hryzyschyna**, Master in internationalen Beziehungen aus der Zentralukraine und engagiert in ukrainischen Projekten, informiert über die aktuelle Lage in der Ukraine und dem Donbass-Kriegsgebiet sowie der Krim (in deutsch).

Die Iran-Sanktionen der USA führen zu verstärktem Einfluss Chinas im Nahen und Mittleren Osten

Gefahr einer Konfrontation wächst

US-Präsident Donald Trump ist berüchtigt für die zahlreichen Widersprüche in und zwischen seinen Reden und seinen Handlungen. Der bislang markanteste Widerspruch: Im Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 2016 drohte Trump mit der Aufkündigung der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) mit Kanada und Mexiko und anderer Freihandelsabkommen, weil diese angeblich zum Nachteil der USA seien und von seinen Vorgängern seit Bill Clinton Anfang der 1990er-Jahre schlecht ausgehandelt worden seien.

/ Andreas Zumach /

China – der neue Hauptfeind

Zugleich identifierte Trump China als den Hauptfeind der USA. Er warf Peking die Überschwemmung des amerikanischen Marktes mit Billiggütern und andere unfaire Handelspraktiken vor, Währungsmanipulation sowie die illegale Kopie und den Raub von amerikanischen Patenten. Vorwürfe, die zum Teil durchaus berechtigt sind und auch von den Regierungen anderer westlicher Staaten gegenüber China erhoben werden. Diese bemühen sich allerdings zumindest bislang noch um eine Beilegung der Konflikte durch geregelte Verfahren – sei es bilateral oder im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) in Genf.

Trump hingegen kündigte für den Fall seiner Wahl zum Präsidenten einen Handelskrieg der USA gegen China an. In seiner ersten Amtshandlung am Tag nach dem Einzug ins Weisse Haus am 20. Januar 2017 tat Präsident Trump dann jedoch das exakte Gegenteil: Er zerriss den Vertrag über eine «Transpazifische Partnerschaft» (TPP) zwischen den USA und führenden Ökonomien in Asien, den sein vom ihm zutiefst gehasster Vorgänger Barack Obama in seinem letzten Amtsjahr ausgehandelt hatte.

Trumps kontraproduktive Politik

Dabei war es das strategische Ziel der Obama-Administration gewesen, durch die Schaffung einer von den USA dominierten Freihandelszone mit den pazifischen Anrainerstaaten Australien, Brunei, Chile, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur, Vietnam, aber ohne China den Einfluss der USA in dieser Region zu sichern und China zu isolieren.

Am Tag, als Trump den TPP-Vertrag zerriss, knallten in Peking die Sektkorken. Inzwischen bemüht sich Peking mit einigem Aussicht auf Erfolg um die Schaffung einer Freihandelszone mit all den von Trump desavouierten Staaten. Nach Pekings Vorstellung soll zusätzlich auch Indien dabei sein. Gelingt das Vorhaben, entstünde die weltweit grösste und von China dominierte Freihandelszone unter Ausschluss der USA.

Die EU beugt sich Trumps Iran-Sanktionen

Ähnlich kontraproduktiv – verglichen mit den öffentlich erklärten Zielsetzungen der Administration in Washington – könnten sich auch die Folgen der Sanktionen gegen Iran auswirken, die Trump am 6. August gegen den Iran in Kraft gesetzt hat und die am 6. November noch erweitert und verschärft werden sollen. Die EU-Staaten haben sich dem Druck der USA und den von der Trump-Administration angedrohten völkerrechtswidrigen Sekundärsanktionen gegen europäische Unternehmen oder Banken, die weiterhin Geschäfte mit und im Iran machen wollen, weitgehend gebeugt.

Alle anderslautenden Beteuerungen aus Brüssel, Berlin und anderen europäischen Hauptstädten sind leeres Wortgeklingel. Die EU hat keine der durchaus vorhandenen wirksamen Möglichkeiten – bis hin zu Gegensanktionen gegen die USA – ergriffen. Brüssel hat nicht einmal eine Klage bei der Welthandelsorganisation in Genf gegen die US-Sanktionen eingereicht, obwohl diese Sanktionen auch ein klarer Verstoss gegen multilaterale Handelsverträge sind.

Das im Juni von der EU-Kommission aktualisierte «Abwehrgesetz», das europäische Unternehmen dazu bewegen sollte, die Drohung der USA mit Sekundärsanktionen zu ignorieren, war reine Augenwischerei. Insbesondere, weil die Kompensationsangebote der EU-Komission zur Entschädigung von Kosten und Verlusten, die europäischen Unternehmen und Banken, welche im Irangeschäft bleiben, durch die US-Sekundärsanktionen entstehen könnten, völlig unzureichend waren und damit unglaubwürdig.

Deutschland und Frankreich haben sich aus dem Iran zurückgezogen

Inzwischen haben sich fast alle bislang im Geschäft mit Iran befindlichen grossen Konzerne und Finanzinstitute aus Deutschland, Frankreich und anderen EU-Staaten, die zugleich auch grosse Interessen auf demUS-Markt haben, aus dem Land am Persischen Golf zurückgezogen und dabei zum Teil milliardenschwere Geschäfte und Investitionsvorhaben mit Teheran wieder aufgekündigt. Darunter Airbus, Mercedes, Siemens, der französische Energiekonzern Total, die Deutsche Bank, der Pharmakonzern Merck, die Deutsche Bahn und die Deutsche Telekom. Die Begründung ist jeweils die gleiche: Das US-Geschäft der betreffenden Firmen ist weitaus ertragreicher als die Tätigkeit in Iran.

Tatsächlich belief sich das Handelsvolumen der EU mit den Vereinigten Staaten im Jahr 2017 auf erheblich mehr als 600 Milliarden Euro, während das Handelsvolumen mit Iran nur 20 Milliarden Euro betrug. Hinzu kommen Finanzierungsprobleme, weil europäische und nordamerikanische Grossbanken sämtliche Aktivitäten in Iran eingestellt haben. Nur wenige Unternehmen – zumeist kleinerer und mittlerer Grössenordnung –, die keine Geschäftsinteressen in den USA haben, haben sich nicht aus dem Iran zurückgezogen.

China springt gerne in die Lücke

Auch hat die Regierung in Teheran von der EU nicht die erhofften verlässlichen Zusagen erhalten zur weiteren Abnahme iranischen Öls sowie zur Aufrechterhaltung des internationalen Zahlungsverkehrs zwischen den europäischen Staaten und Iran. Die von den USA verhängten und von Europa de facto mitgetragenen Sanktionen gegen Iran schaffen eine Lücke, die zunehmend von chinesischen (Staats-)Unternehmen und Banken gefüllt wird.

Bereits in den acht Jahren der Obama-Administration (2008–2016), in

denen die ursprünglich im Konflikt um Teherans Nuklearprogramm verhängten Sanktionen gegen Iran noch in Kraft waren (sie wurden erst nach der Mitte Januar 2016 von der Internationalen Atomenergie-Organisation IAEO zertifizierten Umsetzung des Nuklearabkommens mit Iran durch Teheran schrittweise aufgehoben), war China zum mit Abstand grössten Handelspartner des Irans aufgestiegen.

Die neue Seidenstrasse nach Iran wird rasant ausgebaut

Inzwischen (Stand: Juni 2018) kommen fast 25 Prozent aller iranischen Importe aus China (vor den Vereinigten Arabischen Emiraten mit 14,7 Prozent). Umgekehrt kauft China 30,2 Prozent aller iranischen Exporte (vor Indien mit 16,8 Prozent). Zudem ist China mittlerweile, wie die Wirtschaftsförderungsagentur der deutschen Bundesregierung, Germany Trade & Invest, Ende Juni berichtete, «auch der grösste ausländische Investor» in Iran. Allein die China Exim Bank habe dort «26 Projekte im Wert von 8,5 Milliarden US-Dollar finanziert». Hinzu komme, dass die Volksrepublik ihre Aktivitäten in der iranischen Erdöl- und Erdgasförderung stark ausgeweitet habe.

Ihr Anteil wird sich weiter vergrössern nach dem angekündigten Rückzug der französischen Total aus der milliardenschweren Entwicklung des attraktiven Erdgasprojekts South Pars 11 im Persischen Golf. Nach jüngsten Berichten wird die China National Petroleum Corporation die Anteile von Total übernehmen. Darüber hinaus baut Beijing im Rahmen der «Neuen Seidenstrasse» («One Belt, One Road») die Verkehrskorridore nach Iran und weiter in Richtung Türkei in hohem Tempo aus. Erst kürzlich wurde eine neue Schienentransportverbindung zwischen den beiden Ländern eingeweiht.

Regime-Change-Kalkül der USA nicht aufgegangen

Ziel der von der Trump-Administration verhängten Sanktionen gegen Iran ist der rasche Zusammenbruch der iranischen Regierung und ihr Ersatz durch kollaborationswillige prowestliche Kräfte. Daraus machen führende Vertreter der Administration, allen voran Trumps nationaler Sicherheitsberater John Bolton, inzwischen überhaupt keinen Hehl mehr. Ein Regime Change in Teheran war bereits Ziel der umfassenden Sanktionen und Boykottmassnahmen, die die USA nach der islamischen Revolution im Jahr 1979 gegen Iran verhängt hatten.

Doch das Kalkül Washingtons ist nicht aufgegangen. In den zwei Jahrzehnten nach der islamischen Revolution war China allerdings noch kein relevanter globaler Konkurrent für die USA und hatte Peking noch nicht den enormen Bedarf an fossilen Energien (Öl, Gas) und anderen Ressourcen, der seit Beginn des Jahrtausends die chinesische Aussen-(Wirtschafts-)politik nicht nur im Nahen und Mittleren Osten, sondern auch in Lateinamerika (Venezuela) und Afrika ganz wesentlich bestimmt.

Geplantes Pipeline-Projekt in petto

Iran als Land mit den zweitgrössten Gas- und den drittgrössten Erdölreserven der Erde ist dabei von ganz besonderem Interesse für China – auch wegen seiner geografischen Lage am Persischen Golf und als Transitland auf dem Weg von China nach Europa. Bereits im Jahr 2000 hatten die Regierungen in Peking und Teheran ein Abkommen mit einem Volumen über 100 Milliarden US-Dollar vereinbart zur Erschliessung der bis dato noch weitgehend unberührten Öl- und Gasfelder im Nordosten Irans durch chinesische Konzerne.

Geplant war der Bau von Pipelines quer durch Afghanistan und über Pakistan bis nach China, mit einer Abzweigung nach Indien. Doch wegen des Afghanistankrieges in den Jahren nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001, der Stationierung von zeitweise über 100'000 NATO-Soldaten und dem bis heute anhaltenden Bürgerkrieg in dem Land am Hindukusch konnte dieses zwischen China und Iran vereinbarte Projekt bislang nicht umgesetzt werden.

US-Präventivschläge gegen den Iran?

Sollte der von der Trump-Administration erhoffte Regime Change in Teheran durch wirtschaftlichen Sanktionsdruck auch diesmal nicht gelingen, würden der Einfluss und die Marktdominanz Chinas im Iran sehr wahrscheinlich weiter erheblich zunehmen. Komme es dazu, dann «werden die USA voraussichtlich Präventivschläge gegen den Iran durchführen», heisst es in einer aktuellen Analyse der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin vom Juli dieses Jahres.

Auf diese Weise, schreibt der aussenpolitische Thinktank, könnten «Trump und seine Berater nicht nur Irans Nuklearoption verhindern und Regionalmachtambitionen begegnen, sondern auch China einen Strich durch seine geopolitische Rechnung machen»; denn «ein Krieg würde es dem Rivalen China erschweren, dringend benötigte Rohstoffe» aus Iran zu beziehen und dort «weiteren Einfluss zu gewinnen». «Politische und wirtschaftliche Entscheidungsträger in Deutschland und Europa sollten sich darauf einstellen», rät die Denkfabrik, «dass notfalls militärische Präventivschläge gegen den Iran unter anderem auch verhindern können, dass China einmal mehr Nutzniesser westlicher Sanktionen ist».

Wie China auf ein eventuelles militärisches Vorgehen der USA gegen Iran – sei es allein oder im Verbund mit Teherans regionalen Hauptfeinden Saudiarabien und Israel – reagieren würde, ist derzeit noch offen. Doch die Gefahr einer militärischen Eskalation im Nahen und Mittleren Osten mit indirekter oder gar direkter Beteiligung der absteigenden Weltmacht USA und der aufsteigenden Weltmacht China wird grösser.

In eigener Sache: Die Plastikfolie

AbonnentInnen haben letzthin die Folierung unserer Zeitung beanstandet. Wir haben seinerzeit das Einschweissen beschlossen, weil wir unserem Blatt dadurch das Adressfeld, mögliche Begleitbriefe und Sonderbeilagen beilegen konnten. Das Adress-Deckblatt könnten wir im Prinzip mitheften, riskierten damit aber Eselsohren und Risse, für die die Post keine Garantie übernimmt.

Wir baten unsere Druckerei um eine Stellungnahme, die uns versicherte: «Bei der Herstellung der Folie aus Polyethylen werden keine gefährlichen Stoffe eingesetzt. Polyethylen-Folien sind gemäss EG-Richtlinie 1999/45 nicht als gefährlich einzustufen. Bei Lagerung auf der Mülldeponie verhalten sie sich der Umwelt gegenüber neutral. Sie sollten jedoch der Wiederverwertung zugeführt werden, da die Möglichkeit des Recycelns besteht. Des Weiteren wird zur Herstellung der Folie kein PVC eingesetzt. Die Folie ist frei von Chlor und Schwefel. Schwermetalle wie Blei, Kadmium, Quecksilber, Chrom (VI) sind bei der an uns gelieferten Polyethylen-Folie keine Rezepturbestandteile und die Zusammensetzung entspricht somit den Anforderungen der Richtlinie 94/62/EG vom 20.12.1994 bzgl. Verpackungen und -abfällen.» *Redaktion*

Hintergründe zum Friedenskalender 2019 zu Libanon (1)

Erfüllungsgehilfen regionaler Mächte

Die Rivalität zwischen Saudi-Arabien und dem Iran sorgt für andauernde Spannung im Libanon. Sie verhindert auch die Regierungsbildung nach den Parlamentswahlen im Mai dieses Jahres.

/ Michael Wrase /

Die Starreporterin des französischen Privatsenders *BFM-TV* war unzufrieden, nachdem Emmanuel Macron die Frage nach seinen «aussenpolitischen Erfolgen» zum wiederholten Mal mit Allgemeinplätzen beantwortet hatte. «Sie vermitteln uns zwar den Eindruck, dass es einen Macron-Effekt gibt», provozierte Ruth Elkrief den französischen Präsidenten – und ging noch einen Schritt weiter: «Hört man denn wirklich noch auf Sie?»

Der sichtlich in die Enge getriebene Macron hatte daraufhin keine andere Wahl, als etwas wirklich Aufsehenerregendes zu verkünden: «Wenn Frankreich nicht da gewesen wäre, dann wäre es möglich, dass heute in dem Moment, wo wir jetzt sprechen, im Libanon Krieg herrscht.» Der französischen Diplomatie, erklärte das französische Staatsoberhaupt im Mai dieses Jahres dem erstaunten Fernsehpublikum, sei es unter seiner Führung gelungen, den saudischen Kronprinzen davon zu überzeugen, den mehrere Wochen in Riad festgehaltenen libanesischen Premierminister Saad Hariri nach Paris ausreisen zu lassen – und so eine drohende Ausweitung des Stellvertreterkrieges in Syrien auf den Libanon zu verhindern.

Das mysteriöse Verschwinden Hariris

Was war geschehen? Hariri war im November vergangenen Jahres nach Riad zitiert und dort nach einigen Tagen Hausarrest zum Amtsverzicht gezwungen worden. Die Rücktrittsrede, die Hariri mit stockender Stimme vor laufenden Kameras vortragen musste, hatten ihm die Saudis geschrieben. Diese waren verärgert, dass ihr Verbündeter in Beirut einen zur lokalen Friedenssicherung notwendigen Ausgleich mit der pro-iranischen Hisbollah angestrebt hatte, anstatt, wie von Riad gefordert, auf Konfrontationskurs zum Iran zu gehen.

Das plötzliche Verschwinden Hariris und dessen von Riad erzwungene Rücktrittsrede hatten im Libanon eine schwere Krise ausgelöst. Selbst die Anhänger des Premierministers schlossen eine Entführung des sunnitischen Politikers nicht aus. Je länger Hariri in Saudi-Arabien bleiben würde, befürchteten Beobachter, desto grösser die Gefahr einer Eskalation im saudisch-iranischen Machtkampf, die Hariri mit seiner von Macron vermittelten Rückkehr in den Libanon gerade noch verhinderte.

Am 21. November 2017 landete Hariri in Beirut, wo er Staatspräsident Michel Aoun einen Tag später versprach, seinen «angebotenen Rücktritt» im Interesse des Landes auf «unbestimmte Zeit zu verschieben». Die Politik seines Landes sollte sich in Zukunft von den äusseren und regionalen Konflikten im Mittleren Osten abgrenzen, erkannte Hariri durchaus richtig. Die Bereitschaft dazu war – und ist – jedoch gering. Libanons Politiker waren in der Vergangenheit meist die Erfüllungsgehilfen ausländischer Mächte. Und sie werden es vermutlich auch in Zukunft bleiben.

Sunniten gegen Schiiten

Auch Hariris Versuch, sich von den «regionalen Konflikten» in der Region abzugrenzen, sollte nur von kurzer Dauer sein. Bereits während des Parlamentswahlkampfes im Frühjahr dieses Jahres vertieften sich die Gräben zwischen politischen Fraktionen in der Zedernrepublik wieder. Anstelle von konkreten Sachthemen stellte Hariri den «Kampf für die Identität des Libanons» in den Mittelpunkt seiner Kampagne. «Wer am 6. Mai (dem Wahltag) zu Hause bleibt, gibt seine Stimme der Hisbollah», warnte der sunnitische Politiker vor einem weiteren Machtgewinn der pro-iranischen Schiitenmiliz – und deren Partei, die seit 1992 im Beiruter Parlament vertreten ist.

Zum ersten Mal in seiner Geschichte hatte der Libanon ein proportionales Wahlsystem erhalten. Es sollte den landesüblichen Stimmenkauf einschränken und so eine bessere Repräsentation der Wählerschaft ermöglichen. An der im Voraus festgelegten konfessionellen Verteilung der 128 Parlamentssitze änderte sich freilich nichts. Eine Zehn-Prozent-Hürde erschwerte zudem unabhängigen Kandidaten den Einzug in ein Parlament, das letztendlich von jenen «Traditionalisten dominiert werden wird, die mit Lippenbekenntnissen den Status quo bewahren wollen», wie der Beiruter *L'Orient-Le Jour* bereits vor dem Urnengang richtig erkannt hatte. Zivilgesellschaftliche Gruppen hätten in der noch immer verkrusteten politischen Landschaft des Libanon nur geringe Chancen.

Die Hisbollah gewinnt die Wahlen

Gewonnen wurden die Wahlen von der Hisbollah. Die Gruppierung konnte nicht nur ihre 13 Mandate verteidigen, sondern zusammen mit ihren schiitischen und christlich-maronitischen

Konfessionalismus im Libanon

Das politische System des Libanon basiert auf konfessioneller Aufteilung. Es garantiert für elf der 18 anerkannten Religionsgemeinschaften eine vorbestimmte Anzahl an Parlamentssitzen, unabhängig von der tatsächlichen Anzahl der wahlberechtigten Angehörigen. Die 128 Parlamentssitze gehen zu jeweils 50 Prozent an Christen und Moslems, die wiederum untereinander aufgeteilt werden: Sunniten und Schiiten erhalten jeweils 27 Sitze, die Drusen acht Mandate. Zwei Sitze gehen an die alawitische Minderheit im Norden des Landes. Auf christlicher Seite erhalten die Maroniten 34, die Orthodoxen 14, die Katholiken 8, die Armenier 6 Sitze, andere christliche Minderheiten zwei Mandate.

Laut dem «Nationalpakt» von 1943 muss der Staatspräsident der Republik Libanon (derzeit Michel Aoun) immer ein maronitischer Christ sein. Der Ministerpräsident (Saad Hariri) ist sunnitischer, der Parlamentspräsident (Nabih Berri) schiitischer Moslem. Die erste und letzte Volkszählung im Libanon fand 1932 statt, elf Jahre vor der Unabhängigkeit des Landes.

Verbündeten erstmals eine Mehrheit in der 128-köpfigen Volksvertretung erringen (siehe Kasten). Die «Zukunftsbewegung» von Ministerpräsident Hariri verlor dagegen 12 ihrer 33 Sitze. Trotzdem wurde der sunnitische Politiker mit der Regierungsbildung beauftragt, die auch Ende August, knapp vier Monate nach den Parlamentswahlen, nicht abgeschlossen war.

Hauptstreitpunkt sind die künftigen Beziehungen zum Nachbarland Syrien, die in den letzten Jahren eingefroren worden waren. Während die von der Hisbollah dominierte Mehrheitsfraktion im Beiruter Parlament «normale Beziehungen» mit dem Assad-Regime durchsetzen und diese Forderung in einer Regierungserklärung auch schriftlich fixieren will, lehnt Hariri dies ab. Rückendeckung erhält der Premier von Saudi-Arabien, das sich nach dem «Entführungsversuch» im November 2017 mit dem sunnitischen Politiker versöhnt hat und den Konfrontationskurs zum Iran weiter verschärft.

Rückkehr zum Status quo ante

Die Islamische Republik gehört neben dem Assad-Regime zu den grossen Gewinnern im Nahen Osten. Saudi-Arabien konnte dagegen sein grosses Ziel, nämlich einen Machtwechsel in Damaskus, nicht durchsetzen. Ohnmächtig muss Riad nun zusehen, wie das von Iran gestützte Regime in Damaskus auch im Libanon versucht, seine einstige Vormachtstellung zurückzugewinnen.

Die Rückkehr zum Status quo ante ist vor allem für Saad Hariri eine Horrorvorstellung. Sein prominenter Vater Rafik Hariri war am 14. Februar 2005 bei einem verheerenden Bombenanschlag unweit des Beiruter St. George Hotels ermordet worden. Die Drahtzieher des «Attentates am Valentinstag» werden, wie fast alle politischen Mörder im Libanon, vermutlich niemals zur Rechenschaft gezogen werden. Das heisst aber nicht, dass sie nicht bekannt wären. Nach Erkenntnissen des Hariri-Lagers wurden sie von den Herrschenden in Damaskus und Teheran zu ihren Schandtaten angestiftet.

Schauplatz regionaler Konflikte

Dutzende von libanesischen Politikern, Journalisten und Militärs kamen seit dem Ende des Bürgerkrieges (1975 – 1990) bei Attentaten, die dem syrischen Geheimdienst zugeschrieben werden, ums Leben. Nach der Ermordung von Rafik Hariri musste sich das syrische Militär aus dem Libanon zurückziehen. Die Hoffnung, dass sich die Zedernrepublik ein für alle Mal von Syrien abgrenzen könnte, war gross.

Während des Volksaufstandes in Syrien wurden die sunnitisch-islamistischen Rebellen auch aus dem Libanon unterstützt. Kämpfer der pro-iranischen Hisbollah trugen ihrerseits ganz entscheidend dazu bei, dass sich das Assad-Regime an der Macht behaupten konnte. «Hätten wir nicht eingegriffen, wäre der Libanon von Kaida-Dschihadisten und dem ‹Islamischen Staat› überrannt worden», hatte Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah die Syrien-Intervention seiner Miliz verteidigt.

Für die libanesischen Sunniten hatte die von Iran finanzierte Gruppierung ihre Kompetenzen dagegen überschritten und damit die konfessionellen Gräben in der Zedernrepublik weiter vertieft. Das kleine Land am Mittelmeer wird auf unabsehbare Zeit der Schauplatz regionaler Konflikte bleiben, die sich durch die amerikanische Interventionspolitik im Iran auch im Libanon verschärfen könnten.

Eine Million syrischer Flüchtlinge

Ein von der Trump-Administration angestrebter ‹Regime Change› in Teheran, das ist sicher, dürfte auch in Beirut für erhebliche Turbulenzen sorgen, weil dann die Hisbollah ihren Schutzpatron und Geldgeber verloren hätte. Doch so weit ist es noch lange nicht, auch wenn nicht wenige in Beirut von einem solchen Szenario träumen.

Aber auch ohne die zuspitzenden regionalen Konflikte gibt es im Libanon genügend Zündstoff. Das Land beherbergt über eine Million syrischer Flüchtlinge, die teilweise unter erbärmlichen Bedingungen leben. Hilfe von der Regierung können sie nicht erwarten. Der Libanon ist einer der am stärksten verschuldeten Staaten der Welt. Die Staatsschulden werden auf mehr als 150 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung geschätzt.

Auf einem Treffen im Mai dieses Jahres in Paris hatten 45 ‹Geberländer› Finanzhilfen in Höhe von 6,6 Milliarden Euro zugesagt. Es handelt sich dabei um projektbezogene Hilfe, deren Vergabe dieses Mal streng überwacht werden soll. Der Libanon ist für seine Korruption und Vetternwirtschaft berüchtigt. Seit Jahrzehnten sorgen die Herrschenden dafür, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht. Sollte sich diese Weiter- so-Mentalität nicht bald grundlegend ändern, sind erneute soziale Unruhen in der ‹Schweiz des Nahen Ostens› nur noch eine Frage der Zeit. Bereits vor drei Jahren waren in Beirut Zehntausende auf die Strasse gegangen, um unter dem Motto «Mir stinkt es» die ineffiziente Müllentsorgung anprangern. Es war das erste Mal, erinnert sich der libanesische Journalist Karim Chehayeb, «dass sich das ganze Land, das sonst religiös und politisch gespalten ist, einigen konnte» – und gemeinsam das Versagen der korrupten Politikerklasse verurteilte.

Friedenskalender 2019 zu Libanon



Schon zum 23. Mal erscheint der Postkartenkalender des Friedensrates, fürs kommende Jahr 2019 zum Libanon. Zwölf abtrennbare farbige Postkarten enthalten Sujets von einer Reise Francine Perrets in diesem Frühjahr. Darüber hinaus enthält der Kalender wie immer die internationalen Tage der UNO sowie die wichtigsten Friedenstermine des nächsten Jahres. Er wird allen Mitgliedern sowie den Abonnentinnen und Abonnenten der FRIEDENSZEITUNG Mitte Oktober zugestellt oder kann unter *info@friedensrat.ch* für 25 Franken bestellt werden. Wir ergänzen mit unserem Schwerpunkt auf den Seiten 14 bis 22 das Thema des Kalenders 2019 mit Hintergrundinformationen zum Libanon.

Die Berge des Libanon als Zufluchtsorte

Felix Ziegler, der lange Zeit im Libanon als Leiter von armenischen Institutionen gelebt und den Bürgerkrieg von 1975 bis 1990 hautnah miterlebt hat, hat uns umfangreiches Material zur Geschichte des Libanon zusammengestellt. Die folgenden drei Aufzeichnungen befassen sich mit der frühen Geschichte und mit der Zeit des französischen Mandats, die für das Verständnis der libanesischen Verhältnisse und des Bürgerkriegs unabdingbar sind. Ungekürzt sind sie auf unserer Website www.friedensrat.ch zu finden.

/ Felix Ziegler /

Die grossen Ebenen und Steppen der arabischen Halbinsel und Mesopotamiens begünstigten das Entstehen grosser Reiche (Sumerer, Assyrer, Chaldäer, arabisches Kalifat). Die unterdrückten Völker flüchteten in die Randgebirge, darunter in den Libanon, wo die grossen Armeen nicht mehr frei operieren konnten, wo Streitwagen kein Schlachtfeld fanden, wo grosse Kanonen kaum hingeschleppt werden konnten und wo wenige Krieger einen Zugang zu ihrem Dorf gegen eine Übermacht verteidigen konnten. Im allgemeinen liessen dann die Grossreiche diese BergbewohnerInnen in Ruhe, der Einsatz lohnte sich nicht, der Ertrag war zu gering für den Aufwand.

So siedelten sich im Verlaufe der Jahrhunderte verschiedene Minderheiten im Libanongebirge an, auf kleinem Raum lebten neben- und untereinander verschiedene Gruppierungen. Die Kleinräumigkeit führte zu abgeschlossenen kleinen Einheiten, die Familie wurde wichtiger als die Sippe, die Sippe wichtiger als der Stamm oder die Ethnie. Die Loyalität galt zuerst der engsten Einheit.

Der libanesische Küstenstreifen als Durchgangszone

Von Alters her war der Küstenstreifen zwischen dem Gebirge und dem Meer die grosse Durchgangsstrasse, auf der sowohl der Handel von Süd nach Nord, von Ägypten nach Mesopotamien und Anatolien, wie auch die Feldzüge der Eroberer erfolgten. An der engsten Stelle, am Nahr el Kelb (Hundsfluss), liessen sich die Eroberer mit Inschriften verewigen. Man zählt dort etwa 20 Tafeln, von Ramses II. bis zu den Briten und Franzosen im Ersten Weltkrieg. 2000 wurde sogar eine Gedenktafel zum Abzug der Israelis eingeweiht. So lebte im Libanon eine weltoffene Bevölkerung, gewohnt, sich an veränderte Bedingungen anzupassen und in Unsicherheit zu leben.

Eine ganze Reihe guter Häfen begünstigten die Seefahrt: Sur (Tyros), Saida (Sidon), Beirut, Dschebeil (Byblos) und Tripoli. Die Seefahrt – vor allem Fischfang und Handel – blühte schon früh. Die Phönizier als Küstenbewohner richteten ihren Blick hinaus aufs Meer und nicht so sehr auf die Berge im Hinterland. Nordafrika oder Spanien lagen ihnen näher als etwa die Bekaa hinter dem Libanongebirge. Auswandern, neue Städte gründen, eine neue Heimat aufbauen, dies gehörte seit dem Altertum zur DNA der Küstenbewohner und ist es bis heute geblieben. Es gibt viel mehr LibanesInnen im Ausland als im Libanon (wie der Schweizer Pass ist auch der libanesische unverlierbar, die Nationalität kann auch im Ausland vererbt werden).



Andersgläubige und Häretiker

Glaubensvorstellungen spielten in den Kriegen oft eine wichtige Rolle. In den letzten beiden Jahrtausenden waren es zwei Religionen, die einen Einfluss auf die BewohnerInnen hatten und die dazu führten, dass sich bedrängte religiöse Minderheiten in die Berge flüchteten: das Christentum und der Islam. Zu Beginn des ersten Jahrtausend breitete sich das Christentum unaufhaltsam in der Levante und damit auch im Libanon aus. Früh aber stiessen verschiedene Auffassungen aufeinander. In den ersten ökumenischen Konzilen wurde versucht, eine einheitliche Glaubenslehre zu finden. Wer anders dachte, wurde mit dem Bannfluch belegt. Noch heute gibt es orthodoxe Kirchen, die vor der Eucharistie jeden Sonntag den Bannfluch aussprechen: «Aber die da sagen: es war eine Zeit, wo der Sohn nicht war, oder es war eine Zeit, wo der Heilige Geist nicht war, oder dass sie aus Nichts geschaffen seien; oder die da sagen, der Sohn Gottes oder der Heilige Geist seien aus einem anderen Wesen hervorgebracht worden und seien dem Wechsel unterworfen, veränderlich, solche exkommuniziert und verflucht die katholische und apostolische Kirche.» (Übersetzung)

Dass man Abweichler, Häretiker, in den Kirchen und in der Politik, oft härter verfolgt als die Andersgläubigen, ist eine Tatsache, die sich durch die ganze Geschichte hindurchzieht: Konstantinopel fiel 1453 wie eine reife Frucht, da viele Byzantiner lieber «unter dem Halbmond als unter dem Krummstab des Papstes» leben wollten, und heute wütet der ‹Islamische Staat› gegen die Schiiten noch mehr als gegen

die Christen. Da aber viele der als Häretiker Gebrandmarkten ihren Glauben bewahren wollten, flüchteten sie eben in die Berge, wo sich auch eine kleine Gemeinschaft verteidigen konnte.

Der Riss unter Sunniten und Schiiten

Im späten Mittelalter versuchte die römisch-katholische Kirche, die orthodoxen und die monophysitischen Christen im osmanischen Reich zur römisch-katholischen Kirche zu bekehren, und ab Mitte des 19. Jahrhunderts kamen evangelische Missionare mit ihrem Bekehrungseifer, sodass die alten Kirchen im Allgemeinen in drei Teile zerfielen; der grosse Kern, der der alten Tradition treu blieb, die katholische sowie die evangelische Abspaltung. Oft bekämpfte man sich gegenseitig. Wenn man Dokumente der Jesuitenmission im osmanischen Reich aus dem 17. oder 18. Jahrhundert liest, so findet man die alten Kirchen konsequent als «Häretiker» bezeichnet. Und sogar die kürzlich heilig gesprochene Gonxhe Bojaxhiu alias Mutter Teresa sagte mir zum Abschied, nachdem ich sie und zwei ihrer indischen Nonnen einige Tage beherbergt hatte: «Ihr seid zwar alles Häretiker, aber ich spüre Gottes Segen auf eurem Werk.»

In der zweiten Hälfte des ersten Jahrtausends kam dann machtvoll der Islam, und grosse Teile der Bevölkerung konvertierten. Aber schon 680, nach der Schlacht von Kerbala, ging ein tiefer Riss durch den Islam, die Trennung zwischen Schiiten und Sunniten. Während die Sunniten weitgehend die grossen Ebenen beherrschten, wurden die Schiiten mehr und mehr in die Randgebiete und damit auch in den Libanon, verdrängt. Auch hier war die Feindschaft gegenüber den Abweichlern meist grösser als gegenüber den Christen.

Während die Sunniten mehr oder weniger geeint blieben, sich höchstens zu verschiedenen Rechtsschulen bekannten, bildeten sich bei den Schiiten bald verschiedene Untergruppen oder Sekten. Die bedeutendste unter ihnen für das Gebiet des Libanon sind die Alawiten. Auch untereinander vertrugen sich die verschiedenen Gruppen nicht immer sehr harmonisch. Einmal mehr boten sich die Berge des Libanon als Zufluchtsort an.

Hintergründe zum Friedenskalender 2019 zu Libanon (3)

Der Libanon unter französischem Mandat

Das Sykes-Picot-Abkommen

Am 16. Mai 1916, also noch während des Ersten Weltkrieges, schlossen Grossbritannien und Frankreich ein Abkommen, wie sie die arabischen Gebiete des Osmanischen Reiches nach dem Sieg aufteilen wollten. Nach den beiden Chefunterhändlern wurde das Abkommen Sykes-Picot-Abkommen genannt. Der Löwenanteil sollte an Grossbritannien gehen, für Frankreich waren die Gebiete des heutigen Syrien und des Libanon vorgesehen sowie die heutige türkische Provinz Hatay (Iskenderun-Antiochia). Das Abkommen sollte geheim bleiben, doch nach der russischen Revolution veröffentlichten es die Bolschewiken, um die Perfidie der westlichen Mächte zu zeigen, die ja gleichzeitig den Arabern einen grossen Teil dieser Gebiete für ein arabisches Königreich versprochen hatten.

Bei Kriegsende hatten die britischen Truppen den grössten Teil des heutigen Syriens erobert, und im Oktober 1918 setzten sie Faisal, den Sohn des Scherifs von Mekka, in Damaskus als König eines arabischen Reiches ein. Doch Frankreich insistierte auf der Einhaltung des Sykes-Picot-Abkommens, und so zogen sich die britischen Truppen zurück, und französische Truppen verjagten am 24. Juli 1920 in bester Kolonialmanier den König Faisal (der später von den Briten zur Entschädigung als König des Iraks eingesetzt wurde) und kontrollierten dann das ganze ihnen laut des Sykes-Picot-Abkommens zugestandene Gebiet.

Mandat des Völkerbundes

Im Friedensvertrag mit der Türkei wurde die Aufteilung der arabischen Gebiete gemäss des Sykes-Picot-Abkommens auch vom Völkerbund mit einem Beschluss vom 29. September 1923 abgesegnet. Allerdings wurde die Übertragung dieser Gebiete unter die Herrschaft von Grossbritannien und Frankreich mit einem Mandat versehen: Das Ziel der Herrschaft sollte die Unabhängigkeit dieser Gebiete sein, die Bevölkerung sollte langsam zu Demokratie und Selbstbestimmung geführt werden. Dies hinderte allerdings Frankreich nicht, diese Gebiete wie Kolonien zu verwalten. Zunächst wurde das französische Mandatsgebiet in fünf Länder aufgeteilt: An der Küste der Libanon (Hauptstadt Beirut) und ein Alawitenstaat (Hauptstadt Lataquie), im Innern von Norden nach Süden der Staat Aleppo (Aleppo), Damaskus (Damaskus) und Dschebel Druze (Al-Suweida). Im Laufe der folgenden Jahre bis zum Zweiten Weltkrieg wurden dann die vier letztgenannten Gebiete zum Staat Syrien zusammengeschlossen und 1939 nach einem wahrscheinlich gefälschten Referendum das Gebiet von Iskenderun und Antiochia an die Türkei als Provinz Hatay abgetreten.

Vom Mont-Liban zum Grand Liban

Im Osmanischen Reich hatte der Distrikt (Mutasarrifiat) Dschebel Lubnan (Berg Libanon) eine, wenn auch beschränkte, Autonomie. Der Distrikt umfasste die Berge des Libanon, der nördliche Teil war von Maroniten bewohnt, der südliche Teil von Drusen. Die Maroniten bilden eine autokephale katholische Kirche, das heisst, sie anerkennen den römischen Papst als ihre höchste Autorität, sind aber in allen Belangen selbständig unter der Führung ihres Patriarchen, der in Bkerke im Libanon residiert. Manchmal ist der Patriarch gleichzeitig ein Kardinal der römisch-katholischen Kirche. Die Maroniten als seinerzeit von den orthodoxen Christen verfolgte Gemeinschaft hatten sich in die Berge zurückgezogen. Die meisten Maroniten leben im Libanon, kleinere Gemeinschaften finden wir in Syrien und in Zypern. Seit 1860, nach blutigen Auseinandersetzungen zwischen Drusen und Maroniten, sah sich Frankreich als Schutzmacht der Maroniten im Osmanischen Reich.

Frankreich beabsichtigte, an der Küste einen christlichen Staat zu errichten. Deshalb erweiterte es schon am 1. September 1920 das Mutasarrifiat Mont-Liban, indem sie die Küstenregion mit den Städten Sur (Tyros), Saida (Sidon), Beirut

Fortsetzung Seite 18



Fortsetzung von Seite 17

und Trablus (Tripoli) sowie das Tal der Bekaa zum Grand Liban, wie der Libanon anfänglich von Frankreich genannt wurde, hinzufügten. Alle christlichen Gemeinschaften in den von Frankreich verwalteten Gebieten wurden eingeladen, dort zu siedeln. Dabei ging Frankreich davon aus, dass der grosse Gegensatz zwischen Muslimen und Christen bestehe, in Verkennung der Tatsache, dass die Spannungen zwischen einzelnen christlichen Gemeinden oder zwischen Schiiten und Sunniten oft grösser waren (und sind, man denke beispielsweise an die Auseinandersetzungen im Irak).

Das Ziel war ein Staat mit mindestens 55 Prozent Christen. Da aber die neu hinzugefügten Gebiete vorwiegend muslimisch besiedelt waren (sunnitisch im Norden, schiitisch im Süden und in der Bekaa), musste mit allen Mitteln die Zahl der Christen erhöht werden. Deshalb konnten Christen im ganzen französischen Verwaltungsgebiet libanesische Pässe erhalten, wie etwa die Familie meiner Frau, die in Aleppo wohnte. So gelang es tatsächlich, bei der Volkszählung von 1932 eine, wenn auch kleine christliche Mehrheit (52 Prozent) zu erhalten.

Die von der französischen Verwaltung gegebene Verfassung für das Mandatsgebiet Libanon verteilte Macht und Einfluss aufgrund dieses Zensus, die mit (bescheidenen) Kompetenzen ausgestatteten Selbstverwaltungsorgane wurden proportional zusammengesetzt. Überdies konnten die Religionsgemeinschaften (arabisch: Millets) auch weiterhin ihre eigenen Angelegenheiten bis zu einem gewissen Grade unabhängig regeln, wie schon zur Zeit der Osmanenherrschaft.

In den folgenden Jahrzehnten wurden die offiziellen Statistiken stets so weitergeführt, dass diese Prozentzahlen stabil blieben. Doch die Realität war eine andere: Der Prozentsatz der Maroniten nahm ab, vor allem durch die Auswanderungen. Die Maroniten – und die Christen im Allgemeinen – verfügten über gute Schulen, oft waren dies französische oder amerikanische. Ihr Bildungsstand war damit höher, die Möglichkeit, im Ausland gute Positionen zu erreichen, war grösser, und auch ihre Kinderzahl war kleiner als bei den muslimischen Gemeinschaften.

Ganz anders sah es für die Schiiten aus: Sie bildeten den ärmsten Teil der Bevölkerung, besuchten die eher auf tiefem Niveau operierenden staatlichen Schulen, während ihre Kinderzahl wuchs. Diese offiziellen Zahlen waren also ziemlich weit von der Wirklichkeit entfernt. Dennoch wurden sie bei der Unabhängigkeit 1943 zur Grundlage der Verteilung der Macht.

Vom Mandatsgebiet zum unabhängigen Staat

Unter britischem Druck verkündete im Sommer 1941, während des Zweiten Weltkrieges, der französische Hochkommissar die Verpflichtung Frankreichs, dem Libanon bald die Unabhängigkeit zu gewähren. Damit sollten die teilweise mit Deutschland sympathisierenden Araber auf die Seite der Alliierten gezogen werden. Im Sommer 1943 fanden dann die Wahlen des künftigen Präsidenten und des Parlaments statt, wobei für die Millets Quoten für die Sitze im Parlament gemäss des Zensus von 1932 (und den offiziellen Statistiken) reserviert wurden.

Das Präsidentenamt sollte einem Maroniten zukommen, da diese offiziell die grösste Gemeinschaft bildeten. Drei Kandidaten stellten sich zur Wahl: Raymond Edde, der den Franzosen nahestand, der von den Briten favorisierte Camille Chamoun und der arabische Nationalist Bechara el-Khoury, der schon früher die Unabhängigkeit des Libanon gefordert hatte. Bechara el-Khoury verbündete sich mit dem sunnitischen Politiker Riyadh el-Sohl, dem er das Amt des Premierministers zusagte, sollte er gewählt werden. Dies sicherte ihm viele muslimische Stimmen, und so wurde Bechara el-Khoury zum ersten Staatspräsidenten des Libanon gewählt.

Die neue Regierung strich am 8. November 1943 alle Abschnitte der libanesischen Verfassung, die Bezug zum französischen Mandat hatten, und erklärte die Unabhängigkeit des Libanon. Frankreich reagierte darauf mit der Verhaftung des Präsidenten und der Regierung und erklärte die Änderungen für ungültig. Dies führte zu Streiks und Massenprotesten, an denen sich fast alle Millets beteiligten. Unter diesem Druck gab die französische Verwaltung nach und erklärte am 22. November 1943 das Mandat für beendet und den Libanon als unabhängig. Seither ist der 22. November der libanesische nationale Feiertag.

Der Nationalpakt

Bechara el-Khoury und Riyadh el-Sohl hatten im Vorfeld der Wahl eine Vereinbarung abgeschlossen, die die Zukunft des Libanon bestimmen sollte. Drei Punkte waren wichtig: «Der Libanon ist ein arabischer Staat mit arabischer Sprache, aber mit einem besonderen Charakter.» Dies sollte einen gewissen Ausgleich schaffen zwischen den Anhängern der panarabischen Idee, die alle arabischen Länder zu einem einzigen Staat vereinen wollten, und den vielen Libanesen, die sich nicht als Araber sahen, sondern als Nachkommen der Phönizier und eher den westlichen Mächten zugeneigt sind.

Die drei wichtigsten Ämter des Staates sollten den drei grössten Konfessionen vorbehalten sein: Der Staatspräsident soll Maronit sein, der Premierminister Sunnit und der Parlamentspräsident Schiit. Alle öffentlichen Ämter sollten im Verhältnis 6:5 zwischen christlicher und muslimischer Bevölkerung aufgeteilt werden. Dieser Nationalpakt wurde nie schriftlich festgehalten, bestimmt aber die Geschicke des Libanon noch heute weitgehend.

Der libanesische Bürgerkrieg 1975–1990

Eigentlich könnten verschiedene Daten als Beginn des Bürgerkriegs genannt werden, denn die Situation spitzte sich langsam zu. Neben anderen Ereignissen könnte man bewaffnete Auseinandersetzungen in Tripoli erwähnen oder die Schiessereien rund um die Camps der Palästinenser in Westbeirut. Aber ein Ereignis liess fast den ganzen Libanon explodieren: Das Massaker von Ain el Roumane am 13. April 1975.

An diesem Sonntag wurde eine neue maronitische Kirche in Ain el Roumane in Anwesenheit vieler maronitischer Führer eingeweiht. Unter ihnen war auch Pierre Gemayel, der Chef der Kataëb (Phalangisten). Seine Leibwächter warteten vor der Kirche. Von unbekannter Seite wurden sie plötzlich beschossen, drei von ihnen starben. Sofort hiess es, dass die Mörder Palästinenser sein müssten, und Rache wurde geschworen. Es konnte nie festgestellt werden, von wem die Schüsse abgefeuert worden waren.

Am gleichen Tag hielten die Palästinenser in Westbeirut eine Gedenkfeier für die zwei Jahre zuvor von den Israeli ermordeten Führer ab. Ein Bus aus dem Camp Tell Zaatar mit 27 Palästinenserinnen und Palästinensern fuhr auf dem Heimweg von dieser Feier an der Kirche von Ain el Roumane vorbei. Von den anwesenden Milizionären der Kataëb wurde er unter Feuer genommen, alle 27 InsassInnen starben, und der Bus brannte aus. Die Nachricht von diesem Massaker verbreitete sich wie ein Lauffeuer. Überall wurden die Milizen mobilisiert, Barrikaden und Strassensperren wurden errichtet und da und dort Racheakte verübt. Am nächsten Morgen stand fest: Ein neuer Bürgerkrieg hatte begonnen.

Die Kriegsparteien zu Beginn

Das Massaker von Ain el Roumane führte noch am gleichen Tag zu einer umfassenden und solidarischen Mobilisierung der verschiedenen Palästinensergruppen, die ja sonst untereinander nicht immer einig waren. Hier aber fühlten sich alle betroffen. Ebenso kam es sofort zu einer grossen Solidaritätsbewegung arabisch-nationalistischer Bewegungen. Die Syrische nationale sozialistische Partei, die Baath-Partei, die sozialdemokratische progressive Partei und andere mobilisierten unverzüglich ihre Milizen, auch viele kleine und oft extreme Gruppen, sogar die «Mourabitoun», eine bisher eher für die Erpressung von Schutzgeldern bekannte sunnitische Gruppe (um nicht zu sagen: eine Gang), errichtete noch am gleichen Abend Strassensperren im Zentrum Beiruts.

Vielerorts wurden Racheaktionen unternommen. Da die Kataëb als Maronitenpartei wahrgenommen wurde, richtete sich die Rache wahllos gegen Maroniten, was an Strassensperren einfach war, da die Millet-Angehörigkeit in den Identitätskarten eingetragen ist. Diese Racheaktionen mobilisierten nun ihrerseits die Milizen der Kataëb, der National-liberalen Partei, der Marada (Partei des Staatspräsidenten Frangieh) sowie teils sehr fanatische Splittergruppen wie die Zedernhüter, die nun ebenfalls Barrikaden errichteten und Racheakte verübten. Dies trieb die Spirale der Eskalation weiter in die Höhe. So wurden um die schiitisch dominierte Enklave Nabaa in Bourj Hammoud Strassensperren errichtet und an ihnen Schiiten, pauschal als Muslime betrachtet, misshandelt. Daraufhin mobilisierten auch die Schiiten, die zwar stets für die «Befreiung Jerusalems» eintraten, aber nicht unbedingt palästinenserfreundlich waren.

Kein ‹symmetrischer› Konflikt

Die obige Zusammenstellung zeigt, was während des ganzen Bürgerkriegs immer deutlicher wurde. Bei den Auseinandersetzungen trafen nicht zwei gegnerische Pole aufeinander, also z.B. Christen gegen Muslime (wie es in der Schweizer Presse manchmal dargestellt wurde), oder Progressive gegen Konservative, arabische gegen libanesische Nationalisten usw. Da alle drei weiter oben erwähnten Trennungslinien in der libanesischen Bevölkerung eine Rolle spielten, war die Lage komplizierter.

Wenn sich zu Beginn die Gruppen, die sich um die Kataëb geschart hatten, vorwiegend als Christen verstanden (Schlagwort: Allah – al Watan – al aili = Gott – Vaterland – Familie), verstanden sich die mit den Palästinensern solidarisierenden Gruppen nicht als Muslime. Die Syrische nationale sozialistische Partei war vor allem eine griechisch-orthodoxe Partei, und einige der wichtigen Palästinenserführer waren Christen, so der Chef der PFLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas), George Habash, oder der 1973 ermordete Gamal Abdel Nasser.

Wenn umgekehrt die mit den Palästinensern sich solidarisierenden Gruppen vorwiegend arabische Nationalisten waren, so waren nicht alle mit den Kataeb kämpfenden Gruppen libanesische Nationalisten. Die Marada war ganz offen syrienfreundlich und einer arabischen nationalen Bewegung nicht abgeneigt. Die Bezeichnungen, die den beiden Kriegsparteien zu Beginn gegeben wurden – Palästina-progressiv, christlich-konservativ –, sind also nicht so eindeutig richtig. Die Konstellation des Libanon mit den vielen verschiedenen Gruppen erklärt auch, weshalb während des Krieges die Fronten wechseln konnten, Verbündete zu Feinden wurden und umgekehrt ehemalige Feinde plötzlich Schulter an Schulter kämpften. Je nachdem, welcher Aspekt gerade wichtiger wurde, die Privilegien bzw. Diskriminierung des Millets, die nationale Frage Araber oder Libanese oder die soziale Frage, konnten die Fronten und Bündnisse rasch wechseln.

Haouadis = Ereignisse

Schon am 16. April, drei Tage nach Ausbruch der Kämpfe, wurde ein Waffenstillstand beschlossen, der aber nicht eingehalten wurde. In den folgenden Tagen wurden weitere Waffenstillstände vereinbart, die aber bestenfalls zwei Stunden lang hielten. Es waren auf beiden Seiten zu viele verschiedene Gruppen, um ein einheitliches Vorgehen bzw. ein einheitliches Einhalten der Waffenruhe zu erreichen. Erst gegen Monatsende hielt der achte oder neunte Waffenstillstand. Nachdem die Waffenruhe zwei Tage gedauert hatte, erschienen wieder Polizisten auf den Strassen, und die libanesische Armee übernahm einige wenige Kontrollposten. Der Staat hielt sich bewusst zurück, weil ein Auseinanderfallen der staatlichen Einrichtungen befürchtet wurde.

Fortsetzung Seite 20

Fortsetzung von Seite 19

Die Waffenruhe hielt bis in die zweite Woche Mai. Aber während der ganzen Zeit ging die Mobilisierung weiter. Die Milizen hielten immer einen Teil ihrer Anhänger unter Waffen, die Parteihäuser waren scharf bewacht, die Spannung war da. In der zweiten Maiwoche explodierte die Situation wieder. Schon bei den ersten Schiessereien verschwanden die Polizei und die Armee wieder und überliessen die Strassen den Milizionären. Die Kämpfe dauerten fast zwei Wochen, verschiedene Waffenstillstände wurden vereinbart und rascher gebrochen, als sie vereinbart wurden, bis dann endlich einer hielt und das Monatsende friedlich wurde, Polizei und Armee wieder für die Sicherheit der BewohnerInnen sorgen sollten.

Das Trauerspiel setzte sich in den folgenden Monaten fort. Kämpfe Mitte Monat, Frieden am Monatsende. Diese Kämpfe wurden in Gesprächen und in den Medien nicht Kämpfe genannt, sondern beschönigend Haouadis, also Ereignisse. Der Volksmund wusste bald, weshalb am Monatsende nicht gekämpft wurde. Die Banken sollten dann arbeiten, damit die Arbeiter und Angestellten und vor allem die Staatsbeamten ihren Lohn beziehen konnten.

Der Auslöser der regelmässigen Gewaltausbrüche war meistens unbekannt. Doch im hochexplosiven Umfeld reichte der kleinste Anlass, um das Feuer zu eröffnen, worauf es natürlich von der andern Seite sogleich erwidert wurde. Eine Katze, die in der Nacht in der Nähe der Wachtposten vorbeischlich, konnte als feindliche Bewegung, also als Angriff aufgefasst werden, damit Feuer frei... Bekannt geworden ist die Geschichte der beiden feindlichen Dörfer Naameh und Haret Naameh, südlich von Beirut: Als eines Tages das Passagierflugzeug Concorde die Gegend überflog und dabei den Überschallknall auslöste, meinten die Milizen jedes der beiden Dörfer, der Feind habe sie bombardiert, und während über zwei Stunden beschossen sich beide Dörfer in Selbstverteidigung mit Artillerie.

In Abwesenheit der staatlichen Organe wurden unter dem Deckmantel der grossen Auseinandersetzungen sehr oft ganz persönliche Rechnungen beglichen: Schuldner ermordeten ihre Gläubiger, Mieter den Vermieter und umgekehrt (der Mieterschutz war extrem, Mieten durften nicht erhöht werden, die Kündigung eines Mietverhältnisses durch den Vermieter konnte zu Entschädigungszahlen von mehreren Jahresmieten führen – kein Wunder bei einem Parlament, dessen Mitglieder zum weitaus grössten Teil herrschaftliche Wohnungen in Beirut gemietet hatten, wo sie während den Sessionen wohnten.) Ladenbesitzer schleuderten Handgranaten in den Laden des Konkurrenten.

Wir profitierten auch von den Haouadis: Zu den von mir geleiteten Behindertenzentren gehörte eine Bürstenmanufaktur, in der etwa 20 Blinde mit Handeinzug der Borsten Bürsten produzierten. In einer Nacht ging die mechanisierte Bürstenfabrik einer unserer hartnäckigsten Konkurrentinnen in Flammen auf. Wir waren es nicht, aber wir glauben zu wissen, welcher unserer Konkurrenten der Schuldige war. Auf alle Fälle konnten wir für zwei unserer Bürstentypen die Preise wieder über den Selbstkosten ansetzen, da die Konkurrenz wegfiel. Ich wage zu behaupten, dass während der Haouadis diese persönlichen Auseinandersetzungen eher mehr Opfer forderten als die politischen Kämpfe.

Abschreckende Blutrache

So seltsam es tönen mag, aber während den Haouadis war es die Blutrache, die die Menschen am ehesten schützte, die sich in feindliches Gebiet begeben mussten. Ein Druse im Maronitengebiet fand seine Sicherheit darin, dass es den Maroniten klar war, dass die Misshandlung oder gar Ermordung dieses Drusen einigen Maroniten im Drusengebiet das Leben kosten würde. Dies war natürlich auch umgekehrt gültig. Aber wenn einmal diese Abschreckung nicht funktionierte, waren die Konsequenzen schrecklich. Dies geschah am 6. Dezember 1975. Eine Einheit der Kataeb drang in den bis anhin als neutrale Zone angesehenen Hafen ein. Rasch machte das Gerücht die Runde, sie hätten die Identitätskarten der Hafenarbeiter geprüft und alle Muslime erschossen, eine Geschichte übrigens, die nie von einer unabhängigen Instanz hätte nachgeprüft werden können.

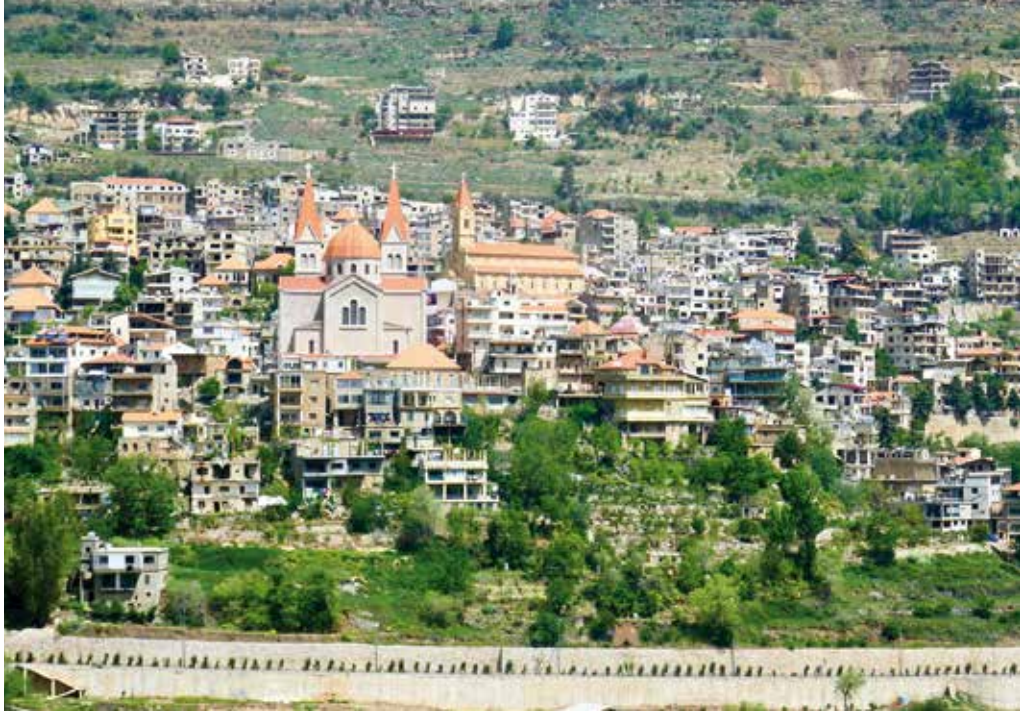
Aber auf das Gerücht hin wurden überall Strassensperren errichtet, Autofahrer auf ihre Millet-Zugehörigkeit geprüft und, wenn sie dem falschen Millet angehörten, misshandelt oder ermordet. Daraufhin geschah das Gleiche auf der Seite der Maroniten und anderer Christen. Bis zum frühen Abend wurden bereits über 70 Todesopfer gezählt. Dieses Ereignis war das Ende der Haouadis. Jetzt begann der Bürgerkrieg über Wochen und Monate hinweg, nur zeitweise unterbrochen von einigen Dutzend Waffenstillständen, die meist gar keine Waffenruhe bewirkten oder höchstens während einiger Stunden oder ein, zwei Tage die Kämpfe unterbrachen.

Ethnische Säuberungen

Wegen der Ereignisse des 6. Dezember fühlten sich viele Familien verunsichert, die in Gebieten wohnten, die eher von gegnerischen Gruppen beherrscht wurden. Die Gefahr ging dabei kaum von den Nachbarn aus, auch wenn diese dem ‹Feind› zugerechnet wurden. Es war vielmehr so, dass der Einfluss der Extremen und Fanatiker umso stärker wurde, je länger die Auseinandersetzungen andauerten. Wer es wagte, für den Gegner noch ein gutes Wort einzulegen, wurde rasch als Verräter an der eigenen Sache verschrien, was ernsthafte Konsequenzen bis zur Ermordung haben konnte. Also schwieg man lieber und liess geschehen. Wer konnte sich schon noch gegen die Macht der Milizen auflehnen? Denn der Staat hatte seine Bürgerinnen und Bürger endgültig im Stich gelassen!

Deshalb zogen es bedrohte Familien vor, in sichere Gebiete zu flüchten, wobei sie oft bei entfernten Angehörigen ihrer Familie Unterschlupf fanden, denn die familiäre Solidarität im Libanon ging weit. Doch so rückten langsam die Millets auseinander. Menschen, denen es vorher gleichgültig war, ob sie nun Rumi oder Melkiten waren, lernten an Strassensperren auf die harte Tour, dass sie einem bestimmten Millet angehörten und dass wohl nur dieser Millet ihnen den nötigen Schutz gewähren konnte. Daneben gab es aber auch gewaltsame Säuberungen. Ein Dorf der Rumi im Maronitengebiet wurde überrannt, die Bevölkerung zum Verlassen gezwungen. Wenigstens endete dies nicht mit einem Massaker. Aber als Ergebnis entstand im Kura, südlich von Tripoli, eine ganze Frontlinie zwischen Maroniten und Rumi.

Auch bei diesen Gewalttaten zeigte sich erneut, dass es sich nicht um eine ‹symmetrische› Auseinandersetzung handelte. Als Drusen und Sunniten das Städtlein Damour südlich von Beirut mit brutaler Gewalt eroberten, vernichteten daraufhin die christlichen Milizen von Kataeb und die National-Liberalen das Palästinensercamp von Dbaye, das fast ausschliesslich von christlichen Pa-



lästinenserInnen bewohnt war, von denen viele getötet wurden.

Bis Ende Sommer hatten sich grössere zusammenhängende einheitliche Regionen gebildet. Es gab zwei grosse Allianzen, die aber oft nur auf wackliger Grundlage standen. Da waren einerseits die «Libanesische Front», der vor allem die drei Milizen der Kataëb, der National-Liberalen Partei (die «Numur» = Tiger) und die Marada angehörten. Diese Libanesische Front hatte eine einheitliche Führung, der die Chefs der drei Parteien angehörten und die sich regelmässig trafen. Ebenso hatten die drei vereinigten Milizen ein Oberkommando, das sich allerdings nicht immer durchsetzen konnte. Auf der anderen Seite stand die «Nationale Bewegung», ein lockerer Zusammenschluss arabisch-nationalistischer Milizen (Baath, Syrische nationale sozialistische Partei, Sozialdemokratische progressive Partei, Mourabitoun usw.) in Zusammenarbeit mit den Palästinensern. Eine einheitliche Führung existierte weder auf der politischen noch auf der militärischen Ebene.

Um Enklaven im Gebiet der Libanesischen Front zu eliminieren, fanden die grössten (und schlimmsten) «Säuberungen» statt. Diese betrafen zuerst das Camp Karantina am Beirutfluss, das von den Milizen umzingelt und dann gestürmt wurde, wobei gnadenlos gemordet wurde. Ich musste am folgenden Tag dorthin und sah in einem Kindergarten einen Haufen von Kleinkinderleichen. Viele Frauen, die bei den ersten Schüssen flohen, konnten sich über einen schmalen Streifen Land ins angrenzende Armenierviertel retten, das neutral geblieben war. Das nächste Ziel war das befestigte Palästinensercamp von Tell Zaatar, das die Strasse nach Damaskus bedrohte. Nach über 50 Tagen Beschuss wurde es schliesslich gestürmt, und ich musste zusehen, wie überlebende Männer an die Jeeps der Sieger gebunden und zu Tode geschleift wurden. Im August kam dann die schiitische Enklave von Nabaa dran, wo ich in unserem Blindenheim wohnte.

Leben während des Bürgerkrieges

Nachdem die verschiedenen Einflussgebiete der Milizen einigermassen abgerundet waren und die syrische Armee als «Friedenstruppe» ihre Stellungen bezogen hatte, normalisierte sich das Leben bis zu einem gewissen Grad. Die Grenzen der jeweiligen Einflusszonen wurden bewacht, manchmal mit, manchmal ohne Kontrolle durch Milizionäre. Eine eigentliche Frontlinie, an der fast täglich geschossen wurde, gab es nur in Beirut. Sie verlief vom Meer quer durch die Stadt bis zu den ersten Ausläufern der Berge. Aber auch dort gab es drei Übergangsstellen, die je nachdem offen oder geschlossen waren und deren Benützung immer ein Risiko bedeutete. Man konnte auch die Frontlinie weiträumig umfahren auf einer etwa zweistündigen Reise durch die Berge. Natürlich ging man nur in «feindliches» Land, wenn es absolut nötig war, geschützt durch die eben nicht immer zuverlässige Blutrache.

Nachdem in der heissen Phase des Krieges die Stromversorgung wochenweise ausgefallen war und auch die Versorgung mit Trinkwasser nur sehr rudimentär funktionierte (bei uns stieg das Wasser nur bis Bodenhöhe), verbesserte sich die Lage. Natürlich fiel der Strom immer noch tage- oder stundenweise aus, und auch das Wasser stieg meistens nur bis ins Erdgeschoss. Das Telefonnetz funktionierte überraschend gut, Telefonate auf die feindliche Seite waren meistens kein Problem. Geschäfte, Läden, Schulen, Banken waren je nach aktueller Situation offen oder geschlossen. Gefährlich wurden die immer wieder aufflammenden Kämpfe, die über die Frontlinie hinausgingen, etwa Artillerieduelle, bei denen ziellos das gegnerische Gebiet beschossen wurde. Am meisten Opfer forderten jeweils die ersten paar Minuten, bis man wusste, woher und wohin geschossen wurde.

Bei solchen Spannungen traten dann immer wieder die Heckenschützen in Aktion, «Qanas» genannt. Diese schossen grundsätzlich auf alle, die sich im gegnerischen Gebiet bewegten. Ihre Aufgabe war, das Leben für die Bewohner und Bewohnerinnen unerträglich zu machen. Unser Blindenheim und das Altersheim lagen etwa 100 Meter auseinander, dazwischen führte eine Einfallsstrasse in das Quartier. Im Blindenheim war unsere Bäckerei, die auch das Brot für das Altersheim buk, sodass jeden Morgen einer unserer Angestellten mit einem Leiterwagen voll Brot diese Strasse queren musste.

Die Strasse war ein typisches Ziel der Qanas der Kataëb. Ich suchte einmal auf Umwegen die Stellungen der Qanas auf, und machte sie auf unser Problem aufmerksam und fragte, ob es nicht möglich wäre, jeden Morgen zwischen 7 und 7.15 Uhr nicht zu schiessen, damit wir das Brot zu den Betagten bringen könnten, oder wenigstens den Mann mit dem Leiterwagen zu schonen. «Unmöglich!», war die Antwort. Ihr Auftrag sei, jeden und jede unter Feuer zu nehmen, um normales Leben zu verunmöglichen. So setzte an den Tagen, an denen die Qanas aktiv waren, ein Angestellter sein Leben aufs Spiel, um das Altersheim zu versorgen. Verletzt oder getötet wurde keiner.

Eine grosse Hilfe in diesen Situationen waren Radiostationen, die ununterbrochen die Sicherheitslage bekanntgaben. «Der Übergang beim Museum ist offen». «Auf der Maazra sind Strassensperren.» «Qanas in Sin el Fil.» «Die Sperre bei der Galerie Semaan wurde abgebaut.», verkündeten die Radiosprecher, die bald zu den beliebtesten Personen im Libanon gehörten.

Gemeinsam kochen für den Frieden

Seit 2017 engagiert sich das Schweizer Hilfswerk *Cuisine sans frontières* mit einem Projekt in Beirut. Ein Bericht von einem Besuch im Flüchtlingslager Burj El Barajneh im April 2018.

/ Mareike Biegert /

Ein Fahrer bringt uns an den Eingang des Flüchtlingslagers Burj El Barajneh im Süden der libanesischen Hauptstadt Beirut. Wo das Camp beginnt, ist für uns nicht auf den ersten Blick zu erkennen. Wir biegen von der vielspurigen Hauptstrasse ab und halten an einer schmalen Strasse, rechts von uns kleine Läden, auf der Strasse emsige Betriebsamkeit. Der Fahrer telefoniert, erhält Anweisungen und fährt weiter. Die Strassen werden noch schmaler, über uns ein Gewirr aus Stromkabeln, rechts und links, vorne und hinten Menschen zu Fuss, auf Motorrollern, mit Karren. Dann sind wir da.

Burj El Barajneh ist eigentlich ein Vorort von Beirut, mittlerweile verbindet man mit dem Namen aber das Flüchtlingslager, das dort bereits seit dem ersten arabisch-israelischen Krieg 1948 existiert. Wie viele Flüchtlingscamps war es nie für einen dauerhaften Betrieb vorgesehen. Es umfasst ein Gebiet von rund einem Quadratkilometer und beherbergte lange vor allem palästinensische Flüchtlinge. Seit dem Ausbruch des Krieges in Syrien hat sich die Zahl der Bewohnerinnen und Bewohner von 26'000 auf 50'000 fast verdoppelt. Die Platzverhältnisse sind eng, Armut prägt den Alltag, die Konflikte nehmen zu.



Die Situation im Flüchtlingslager Burj El Barajneh ist prekär.

An einer Hausecke werden wir von Mariam Al Shaar und Tahani Charig von der Women's Program Association (WPA) in Empfang genommen. Die WPA ist eine unabhängige libanesische Non-Profit-Organisation, die in mehreren libanesischen Flüchtlingslagern Programme für Frauen sowie Kinder und Jugendliche anbietet. Mariam Al Shaar leitet das Programm in Burj El Barajneh und ist Ansprechpartnerin von Cuisine sans frontières.

Gastro-Kurs für Flüchtlingsfrauen

Der Tag unseres Projektbesuchs ist ein besonderer Tag: 25 geflüchtete Frauen aus Palästina und Syrien haben in den vergangenen sechs Monaten am Gastronomie-Ausbildungsprojekt von Cuisine sans frontières teilgenommen. Sie lernten, in einem professionellen gastronomischen Umfeld zu arbeiten, Lebensmittel haltbar zu machen, einen Menüplan zu erstellen und ein eigenes Geschäft aufzubauen. Sie lernten sich aber auch kennen: Der regelmässige Kontakt, das gemeinsame Kochen und Arbeiten hat sie Freundinnen werden lassen. Am heutigen letzten Tag dieses ersten Ausbildungsteils erhalten sie ihre Zertifikate.

Doch bevor wir die Frauen kennenlernen und der Zeremonie beiwohnen, zeigt Tahani Charif uns das Umfeld, in dem sie leben und arbeiten. Wir laufen durch Gassen, die knapp Platz für zwei Menschen nebeneinander lassen. Der Boden ist uneben, es geht auf und ab. Schon nach wenigen Metern verlieren wir die Orientierung. Die vielen Stromkabel, die kreuz und quer über die Strasse gespannt sind, wirken bedrohlich. Bei starken Regenfällen oder Stürmen kommt es häufig zu Unfällen.

Vom Dach des Gebäudes, in dem die Kurse der WPA stattfinden, sehen wir Burj El Barajneh von oben. Da die Fläche des Camps von Beginn an beschränkt war, ist es über die Jahre nach oben gewachsen. Immer mehr Stockwerke wurden auf die Häuser gebaut, bis die libanesische Regierung vor einiger Zeit ein Bauverbot durchgesetzt hat.

Dann ist es so weit: Im Kursraum warten die sichtlich nervösen Kursteilnehmerinnen darauf, dass es losgeht. Ab der kommenden Woche dürfen sie auf dem Souk El Tayeb, dem bekannten Bauernmarkt in der Innenstadt Beiruts, ihre Produkte verkaufen. Gleichzeitig machen sie dabei ihr Catering-Angebot bekannt. Dieser Praxistest ist ebenfalls Bestandteil der Ausbildung. Ziel ist, ihnen den Zugang zum Markt zu ermöglichen und ihnen das nötige Selbstvertrauen mitzugeben. Doch heute wird erst einmal gefeiert. Mit sichtlichem Stolz nehmen die Frauen ihre Zertifikate entgegen. Es wird gelacht, geklatscht – und natürlich gegessen!

Die Cuisine sans frontières

Cuisine sans frontières Csf bittet zu Tisch, um Konflikte zu lösen und Gemeinschaft zu fördern. Csf baut in Krisengebieten oder sozialen Konfliktsituationen gastronomische Treffpunkte und Ausbildungsstätten auf – immer in Zusammenarbeit mit einem lokalen Partner. Ziel ist stets, den wirtschaftlich eigenständigen Betrieb der Projekte langfristig sicherzustellen.

Der gemeinnützige Verein wurde 2005 in Zürich gegründet, verzeichnet aktuell mehr als 600 Mitglieder und finanziert sich durch Mitgliederbeiträge, Spenden und Stiftungen sowie die Benefizveranstaltung Kitchen Battle. Im Libanon ist der Verein seit 2017 tätig. Zusammen mit den lokalen Partnerorganisationen Souk El Tayeb und Women's Program Association lancierte Csf ein Ausbildungsprojekt für geflüchtete Frauen. Ziel ist, den Frauen eine Geschäftstätigkeit und damit eine neue Einkommensquelle zu ermöglichen.

www.cuisinesansfrontieres.ch
www.kitchenbattle.ch

Nachruf auf Josef Wirth

Einsatz für Gerechtigkeit



Am 24. Juli 2018 ist Josef Wirth, kurz nach seinem 68. Geburtstag, beim Bergsteigen tödlich verunglückt. Mit ihm haben wir in der Friedens- und Menschenrechtsbewegung einen unermüdlichen stillen Schaffer verloren, der sich aber auch nicht scheute, vor die Öffentlichkeit zu treten. Sein Tod hat eine schmerzliche Lücke gerissen.

/ Ruedi Tobler /

Zum ersten Mal begegnet bin ich Josef Wirth vor rund zehn Jahren als Präsident des Friedensdorfes im freiburgischen Broc. Mit einer ganzen Reihe von Friedensorganisationen versuchten wir damals, gemeinsame Aktivitäten zum internationalen Tag der Gewaltfreiheit in der Schweiz zu organisieren.* Von den Aktivitäten Josefs in der Ostschweiz wusste ich damals noch kaum etwas. Richtig kennengelernt habe ich ihn erst, als wir 2014 aufgrund eines Vorstosses kurdischer Gruppierungen eine Kundgebung zum UNO-Friedenstag (21. September) in St. Gallen organisierten.

Sie ist inzwischen zur Tradition geworden – dieses Jahr am 22. September – und Josef leitete die Vorbereitungsgruppe wie jeweils die Kundgebung seit 2015 mit Bedacht und Umsicht. Abrupt ist er aus dieser Arbeit herausgerissen worden und fehlt uns schmerzlich. Was bleibt, ist die Dankbarkeit für sein beharrliches Wirken.

Mitgründer des Friedensdorfes

Vielen geht es damit ähnlich wie uns. Auf der Homepage des Friedensdorfes ist zu lesen: «Josef Wirth engagierte sich 35 Jahre lang im Friedensdorf, zuerst in Flüeli-Ranft und seit 1997 in Broc. Er war sehr aktiv im Vorstand und auch als Präsident des Vereins stark engagiert. Josef unterstützte mehrere Friedensprojekte und half bei deren Entwicklung. Dank seinen zahlreichen Kontakten zu religiösen Institutionen und der Veröffentlichung seines jährlichen Gottesdienstvorschlages zum Weltfriedenstag erhielt das Friedensdorf die ideologische und finanzielle Unterstützung vieler Menschen und Kirchgemeinden in der Deutsch- und Westschweiz.»

In der Todesanzeige des Solidaritätsnetzes Ostschweiz, der Integra Schule und des Solidaritätshauses St. Gallen steht: «Josef hatte ein grosses Herz für geflüchtete Menschen und Migranten. Er führte unsere Koordinationsgruppe mit Umsicht, war ein kompetenter und freundlicher Chef und freute sich auch am direkten Kontakt mit den Geflüchteten beim Mittagstisch oder in den alljährlichen Familienferien.»

Und die Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht Ostschweiz schreibt: «Wir verlieren in Josef einen unermüdlichen Mitstreiter für die Anliegen der MigrantInnen, der Flüchtlinge und der sozial benachteiligten Menschen sowie einen engagierten Verfechter der Menschenrechte. Sein unkompliziertes, verlässliches Wirken und seine sanftmütige Art werden uns in Erinnerung bleiben und Vorbild sein.»

Licht bis über Mitternacht hinaus

Seine Freiwilligenarbeit für die Benachteiligten und Schwachen war so umfangreich, dass darob fast vergessen werden könnte, dass Josef auch noch berufstätig war als Priester, Seelsorger und Dekan. Dies war aber nicht einfach sein Beruf, sondern innere Berufung. Offenbar hat er zielstrebig sein Theologiestudium an der Gregoriana, der Jesuitenuniversität in Rom, absolviert, sodass er bereits mit 27 Jahren die Priesterweihe empfangen konnte und in kirchliche Dienste trat.

Ab 1989 war er sechs Jahre als Bundespräses der Jungwacht in der Jugendarbeit tätig, bevor er wieder in den Dienst einer Kirchgemeinde trat. In der Gemeinde Flawil, wo er 16 Jahre lang tätig war, baute er eine Partnerschaft mit der Pfarrei in Kangemi auf, einem Vorort von Nairobi. In seiner Stelle als Pfarrer in der Seelsorgeeinheit Magdenau zirkulierte das geflügelte Wort: Das ewige Licht brennt bei uns nicht nur in der Kirche, sondern auch im Pfarrhaus. Regelmässig war dort Licht über Mitternacht hinaus.

Wie stark er in der Kirche, aber auch in der Solidaritätsbewegung verankert gewesen ist, zeigte sich am 31. Juli an der Auferstehungsfeier in der Kirche St. Maria-Neudorf. Mehr als eine halbe Stunde vor Beginn setzte der Strom von Leuten ein, die zur Trauerfeier kamen, und riss nicht mehr ab, sodass nicht alle, die gekommen waren, im grossen Kirchenraum Platz finden konnten. Vizedekan Heinz Angehrn erinnerte daran, dass Jesus seine Jünger, als sie sich darüber stritten, wer unter ihnen der Erste sei, ermahnt hat: «Unter euch soll es nicht so sein.» Das war für Josef wegweisend, er trat immer bescheiden auf, liess Raum für andere, hat nicht nach Macht geschielt. Auch dann nicht, «wenn die Welt uns als Dumme belächeln mag», wie Josef in einem Text schrieb.

* Im Juni 2007 erklärte die UNO-Generalversammlung den 2. Oktober – den Geburtstag von Mahatma Gandhi – zum internationalen Tag der Gewaltfreiheit.

Organisation für das Verbot von Chemiewaffen soll Verantwortliche identifizieren

Chemiewaffen: Das Ende der Nam

Am 27. Juni 2018 beschloss eine Mehrheit der Vertragsstaaten des Chemiewaffenübereinkommens (CWÜ), die Aufgaben der Organisation für das Verbot Chemischer Waffen (OVCW) zu erweitern. Sie soll fürderhin Informationen darüber liefern, wer Chemiewaffen in Syrien einsetzt. Der per Kampfabstimmung gefasste Beschluss bereitet den Boden dafür, dass die in Den Haag ansässige Behörde später auch generell die Verantwortlichen für Chemiewaffeneinsätze identifiziert oder zumindest die Voraussetzungen dafür schafft.

/ Oliver Meier /

Die Entscheidung stärkt die Chemiewaffenkontrolle, weil nun zu hoffen ist, dass die Chemiewaffen-Organisation verlässliche Aussagen darüber treffen kann, wer für den fortgesetzten Einsatz von Chemiewaffen verantwortlich ist. Sie beinhaltet aber auch die Gefahr, dass die Arbeit des Technischen Sekretariats politisiert wird. Ausserdem belastet sie die Vorbereitungen für die vierte Überprüfungskonferenz des Chemiewaffenübereinkommens, die vom 21. bis zum 30. November 2018 stattfindet.

Am 29. Mai 2018 hat Grossbritannien mit Unterstützung zehn anderer Staaten eine ausserordentliche Konferenz der CWÜ-Vertragsstaaten beantragt. London begründete den Vorstoss damit, dass die internationale Gemeinschaft angesichts der Verletzung der «Norm gegen den Einsatz von Chemiewaffen» handeln müsse. Chemische Kampfstoffe wurden nicht nur immer wieder seit 2012 im Syrien-Krieg eingesetzt, sondern jüngst auch für politisch motivierte Attentate auf Einzelpersonen. So wurde der Halbbruder des nordkoreanischen Machthabers Kim Jong Un am 13. Februar 2017 am Flughafen von Kuala Lumpur mit dem Nervenkampfstoff VX getötet.

Zudem wurden am 4. März 2018 der ehemalige russische Agent Sergei Skripal und seine Tochter Julia im britischen Salisbury mit einer Substanz aus der Familie der Nowitschok-Agenzien vergiftet. Grossbritannien beschuldigt Russland, für das Attentat verantwortlich zu sein. Der damalige britische Aussenminister Boris Johnson stellte klar, dass Grossbritannien einen Beschluss herbeiführen wolle, um die Chemiewaffen-Organisation OVCW in die Lage zu versetzen, künftig die Verantwortlichen für Chemiewaffenangriffe zu identifizieren. Johnson rief alle «rechtschaffenen Staaten» auf, sich der Initiative anzuschliessen. Russland und Iran kritisierten den Vorstoss scharf. London wolle die Arbeit der OVCW «politisieren», eine Aufgabenerweiterung sei weder sinnvoll noch notwendig.

Verletzungen der Chemiewaffennorm

Der Streit um Chemiewaffenangriffe spaltet die internationale Gemeinschaft seit 2012. Damals häuften sich Berichte über den Einsatz chemischer Waffen im syrischen Bürgerkrieg. Am 21. August 2013 starben in der von der Opposition gehaltenen Stadt Ghouta nahe Damaskus Hunderte Menschen durch den massiven Einsatz von Sarin. Auf amerikanischen und russischen Druck sowie um westliche Militärschläge abzuwenden trat Syrien im September 2013 dem CWÜ bei. In einer beispiellosen multilateralen Operation wurden rund 1300 Tonnen chemischer Kampfstoffe von den beteiligten Staaten ausser Landes gebracht und vernichtet.

Die Chemiewaffenangriffe in Syrien gingen aber auch danach weiter. Vermutlich sind solche Waffen seit 2012 mindestens einige dutzend Male eingesetzt worden. Es mehren sich Hinweise, dass Damaskus falsche Angaben über sein Chemiewaffenprogramm gemacht hatte. Vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Konflikts zwischen Russland und dem Westen polarisierte sich auch die Diskussion um chemische Waffen. Dabei sind westliche Staaten der Auffassung, dass syrische Streitkräfte für die meisten Chemiewaffeneinsätze in Syrien verantwortlich sind. Russland und Iran dagegen bezweifeln die Täterschaft Syriens und verweisen unter anderem auf die erfolgreiche Abrüstung der deklarierten syrischen Kampfstoffe. Moskau betont zudem, der Islamische Staat habe in Syrien und Irak ebenfalls Chemiewaffen eingesetzt und komme daher auch in anderen Fällen als Täter in Frage. Dieser Streit um die Verantwortung erschwerte von Anfang an die Arbeit jener internationalen Mechanismen und Gremien, die Chemiewaffeneinsätze aufklären sollten

Veto Russlands gegen Mandat

2014 hat der Generaldirektor der OVCW eine Untersuchungsmission (Fact Finding Mission) geschaffen, die sich mit behaupteten Chemiewaffeneinsätzen in Syrien befassen soll. Die Untersuchungsmission arbeitet nach wie vor, soll aber nur klären, ob Chemiewaffen zur Anwendung kamen. Zur Frage der Täterschaft äussern sich die Inspektoren nicht. Die Identifizierung der Verantwortlichen für behauptete Chemiewaffeneinsätze oblag ab 2015 dem vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ins Leben gerufenen Gemeinsamen Untersuchungsmechanismus der OVCW und der UNO (OPCW-UN Joint Investigative Mechanism). Dieser legte mehrere Berichte vor, in denen er in vier Fällen das syrische Regime der Täterschaft überführte und in zwei Fällen nachweisen konnte, dass der Islamische Staat Senfgas verwendet hatte.



nenlosigkeit

Russland, Syrien und Iran aber kritisierten die Untersuchungsmechanismen-Berichte fortwährend als parteiisch. In einer zunehmend aufgeheizten Atmosphäre legte Russland im November 2017 sein Veto gegen eine Verlängerung des Mechanismus-Mandats ein. Moskaus Vorschläge, einen Untersuchungsmechanismus einzurichten, der zur Ausweitung des Mandats über Syrien hinaus geführt hätte, trug der Westen nicht mit. Seitdem gibt es keinen unabhängigen, internationalen Untersuchungsmechanismus mehr, der die Aufgabe übernommen hätte, «so umfassend wie möglich die Personen, Einrichtungen, Gruppen oder Regierungen ausfindig zu machen (…), die in Syrien Chemikalien (…) als Waffen eingesetzt oder diesen Einsatz organisiert oder gefördert haben oder anderweitig daran beteiligt waren».

Aufgabenerweiterung der OVCW

Vor diesem Hintergrund und mit ausdrücklichem Bezug auf das russische Veto gegen eine Verlängerung des Untersuchungsmechanismus-Mandats beantragte Grossbritannien am 29. Mai 2018 eine ausserordentliche Sitzung der CWÜ-Vertragsstaaten. Kurz darauf erhielt London die erforderliche Unterstützung von mehr als 64 Staaten



für die Durchführung. Der erste Beschlussentwurf Grossbritanniens ging den Vertragsstaaten am 13. Juni zu und wurde nach Beratungen der britischen Regierung mit einer Reihe Staaten substanziell revidiert. Am 22. Juni wurde der überarbeitete Entwurf den Vertragsstaaten übermittelt.

Angesichts der harschen russischen Kritik am Vorgehen des Westens war klar, dass ein Konsensbeschluss unter den 152 in Den Haag akkreditierten Delegationen nicht zu erwarten war. Nach Eröffnung der Vertragsstaatenkonferenz versuchten Russland, Iran und Syrien die Beschlussfassung mit Verfahrenstricks zu verzögern. Es folgte eine kontroverse Debatte zwischen den westlichen Unterstützern der Mandatserweiterung und den Gegnern, vor allem den gerade genannten drei Staaten.

Der Beschluss konnte dann am 27. Juni auch nur mit einer Mehrheit von 82:24 Stimmen (bei 26 Enthaltungen, die aber als nicht abgegebene Stimmen zählen) und damit der notwendigen Zweidrittel-Mehrheit angenommen werden. Solche Abstimmungen sind ungewöhnlich, weil die Vertragsstaaten Entscheidungen normalerweise im Konsens treffen. Bis zu diesem Zeitpunkt war keine derart einschneidende Änderung der Verfahrensweise der OVCW per Mehrheit beschlossen worden.

Verantwortliche über Syrien hinaus identifizieren

Der Beschluss hat zwei wesentliche Teile. Was Syrien betrifft, soll das Technische Sekretariat der OVCW die Verantwortlichen für Chemiewaffenangriffe im Land identifizieren, indem es alle Informationen sammelt und bereitstellt, die potenziell relevant sein können. Begrenzt werden solche Untersuchungen auf jene Fälle, in denen der Untersuchungsmechanismus zuvor den Einsatz von Chemiewaffen bestätigt hat.

Auch für vergangene Einsätze sollen die Verantwortlichen ermittelt werden, sofern der Mechanismus zu diesen Fällen noch keinen abschliessenden Bericht vorgelegt hat. Wie im CWÜ selbst vorgesehen, kann der Exekutivrat die Vertragsstaaten über eine mögliche Vertragsverletzung informieren oder in besonders schwerwiegenden oder dringenden Fällen den Vorgang an die Generalversammlung oder den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen überweisen.

Der zweite Teil reicht über Syrien hinaus. Die Vertragsstaaten bekräftigen, dass bei jedem Chemiewaffeneinsatz auf dem Gebiet eines Vertragsstaats die Täter, Organisatoren oder Unterstützer identifiziert werden sollen. Die CWÜ-Mitglieder stellen fest, dass das Technische Sekretariat eine Sonderrolle hat, weil es eine unabhängige Untersuchung durchführen kann, um eine solche Identifizierung zu befördern. In diesem Zusammenhang wird der Generaldirektor der OVCW ermächtigt, einem Staat im Rahmen eines Hilfeersuchens nach einem Chemiewaffenangriff auch technische Hilfe zu leisten. Ziel ist, die Verantwortlichen für den Angriff zu identifizieren. Dazu soll er auch die Hilfe externer Experten mit relevanten Erfahrungen heranziehen.

Auf der nächsten regulären Vertragsstaatenkonferenz im November 2018 soll der Generaldirektor einen Vorschlag unterbreiten, wie eine solche «unabhängige, unparteiische» Expertengruppe geschaffen werden könnte. Der Generaldirektor wird auch beauftragt, allgemeine Vorschläge zu entwickeln, wie das OVCW-Verifikationsregime verbessert und die Kapazitäten des Technischen Sekretariats gestärkt werden können. Dies ist wichtig, weil die Aufgabenerweiterung der OVCW zusätzliche Finanzmittel für Personal und technische Ausstattung nötig machen dürfte.

Ein wichtiger Fortschritt …

Der Beschluss der OVCW-Mitgliedstaaten stärkt das Chemiewaffenverbot, weil er bessere Möglichkeiten eröffnet, die Verantwortlichen für Chemiewaffenangriffe zu identifizieren. Die Ermittlungsarbeit wird nun der OVCW übertragen, zunächst für Syrien, später eventuell auch für andere Chemiewaffeneinsätze. Damit wird die Beweisaufnahme unabhängig vom UNO-Sicherheitsrat erfolgen. Auf diese Weise wird ein mögliches Veto eines der ständigen Sicherheitsratsmitglieder umgangen. Die Befürworter des Beschlusses wollen so vor allem den Einfluss Russlands und seiner Verbündeten im Syrienkonflikt auf die Ermittlungen begrenzen.

Der Beschluss ist folgerichtig, weil die OVCW am besten für die Untersuchung von Chemiewaffeneinsätzen geeignet ist. Die Haager Behörde ist dafür verantwortlich, die Umsetzung des CWÜ zu überwachen. Sie ist die einzige multilaterale Organisation, die technisch in der Lage ist, Chemiewaf-

Fortsetzung Seite 26

Fortsetzung von Seite 25

feneinsätze kurzfristig weltweit zu untersuchen. Knapp die Hälfte der 450 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist in den für Verifikation zuständigen Abteilungen tätig.

Das CWÜ enthält Regeln und Verfahren für die Durchführung von Chemiewaffeninspektionen und die OVCW kooperiert mit einem globalen Netzwerk zertifizierter Labore zur Analyse von Proben. Zudem hat das Chemiewaffenabkommen globale Reichweite: Mit 193 Mitgliedstaaten deckt der Vertrag mehr als 98 Prozent der Weltbevölkerung ab. Daher bilden die Untersuchungsberichte der OVCW den Goldstandard, wenn es um eine unabhängige, technisch belastbare Analyse von Chemiewaffen geht.

... mit möglichen Nebenwirkungen

Künftig soll die OVCW ihre Erkenntnisse auch anderen internationalen Untersuchungen zur Verfügung stellen. Im Beschluss genannt wird der «Internationale, unparteiische und unabhängige Mechanismus zur Unterstützung der Ermittlungen gegen die Verantwortlichen für die seit März 2011 in der Arabischen Republik Syrien begangenen schwersten völkerrechtlichen Verbrechen und ihrer strafrechtlichen Verfolgung» (IIIM). Die UNO-Generalversammlung hat dieses Instrument im Dezember 2016 geschaffen. Wie sein langer Name erkennen lässt, soll der IIIM vor allem Informationen sammeln, um die strafrechtliche Verfolgung in Syrien begangener Verbrechen vorzubereiten.

Die Identifikation der Schuldigen für Chemiewaffeneinsätze ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung dafür, die im CWÜ verankerte Norm gegen den Einsatz solcher Waffen zu stärken. Drei Herausforderungen müssen angegangen werden, damit der Beschluss tatsächlich die erhoffte Wirkung entfalten kann.

Vertragsverletzungen sanktionieren

Erstens geht es darum, die Verantwortlichen für Verstösse gegen das CWÜ nicht nur zu identifizieren, sondern auch zu bestrafen. Dieses Problem der Sanktionierung von Regelverletzungen internationaler (Rüstungskontroll-)Abkommen ist genauso alt wie schwierig zu lösen. Wie fast alle anderen multilateralen Regime versucht auch das CWÜ, das ‹compliance›-Problem zu lösen, indem es Erhebung und Bewertung von Fakten strikt trennt. Das Technische Sekretariat ist für die Sammlung relevanter Informationen zuständig, ihre Bewertung dagegen obliegt (zumindest bislang) den politischen Gremien. Im Falle des CWÜ sind dies der Exekutivrat und die Vertragsstaatenkonferenz.

In besonders schweren Fällen können diese die Generalversammlung oder den Sicherheitsrat der UNO einbeziehen. Genau dies hat beispielsweise der Gouverneursrat der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) getan, als er die Fälle Iran und Nordkorea wegen Verletzungen von Verifikationsverpflichtungen an den UNO-Sicherheitsrat überwies.

Der Beschluss von Den Haag verweist explizit auf die entsprechenden Regeln und Verfahren im CWÜ. Mit der Mandatserweiterung der OVCW aber stellt sich noch schärfer die Frage, was passiert, nachdem die OVCW einen Vertragsverletzer identifiziert und benannt hat. Zwar kann die Vertragsstaatenkonferenz «geeignete Massnahmen im Einklang mit dem Völkerrecht empfehlen». Die Verhängung von Zwangsmassnahmen jedoch obliegt weiterhin dem Sicherheitsrat. Dort aber dürften die bekannten politischen Blockaden eine effektive Sanktionierung verhindern.

Eigenständige Korrektur unrealistisch

Damit schwindet auch die Chance, Berichte der OVCW zur Grundlage für Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) zu machen. Nach dem Römischen Statut des IStGH ist «die Verwendung erstickender, giftiger oder gleichartiger Gase sowie aller ähnlichen Flüssigkeiten, Stoffe oder Vorrichtungen» ein Kriegsverbrechen. Syrien hat das Statut zwar nicht unterzeichnet, aber der Sicherheitsrat kann Kriegsverbrechen, die in Nichtvertragsstaaten begangen werden, an den Gerichtshof überweisen. Da Russland einen solchen Beschluss bisher verhindert hat, dürfte der Weg zu einer strafrechtlichen Verfolgung weiter versperrt sein. So bleibt dann nur die extraterritoriale Strafverfolgung einzelner Verbrechen.

Zu hoffen wäre, mit einer Stigmatisierung durch eine belegte Vertragsverletzung zu bewirken, dass der Regelverletzer sein Verhalten eigenständig korrigiert («naming and shaming»). Die Erfahrungen in Syrien lassen dies aber unrealistisch erscheinen. Syrien und Russland haben bisher, teils mit fragwürdigen Argumenten, sogar die bewiesene Schuld immer wieder bestritten. Es bleibt dann die politische, wirtschaftliche oder militärische Sanktionierung der Regelverletzung durch diejenigen Staaten, die sich den Ermittlungsergebnissen der OVCW anschliessen. Ein Beispiel wäre die Ausweisung von mehr als 150 russischen Diplomaten durch westliche Staaten als Antwort auf das Attentat in Salisbury. Am 6. April 2017 führten die USA zudem Militärschläge gegen Syrien aus und reagierten damit auf den Einsatz von Sarin am 4. April 2017 in Khan Shaykhoun. Der OVCW-Untersuchungsmechanismus benannte später die syrischen Streitkräfte als Täter des Giftgasangriffs auf diese Stadt.



Chemiewaffen: Seit dem Ersten Weltkrieg vo

Abschreckung von weiteren Chemiewaffeneinsätzen

Nachdem am 7. April 2018 in Douma nahe Damaskus Chemiewaffen eingesetzt worden waren, griffen eine Woche später Frankreich, Grossbritannien und die USA Syrien an. Damit wollten sie Vergeltung üben, das syrische Chemiewaffenprogramm beeinträchtigen und die Urheber des Angriffs vor weiteren Chemiewaffeneinsätzen abschrecken. In diesen beiden Fällen konnten die Militäraktionen nicht mit den Ergebnissen internationaler Untersuchungen gerechtfertigt werden, mit denen die Verantwortlichen identifiziert worden wären. Das könnte sich aber künftig ändern, wenn die OVCW nun auch die Schuldigen für den Chemiewaffeneinsatz benennen muss.

Infolge der Mandatserweiterung der OVCW könnte der Druck auf Deutschland wachsen, auch militärische Sankti-



or 100 Jahren immer noch nicht ausgerottet

onen gegen diejenigen zu verhängen, die des Chemiewaffeneinsatzes überführt wurden. Allen voran Frankreich drängt darauf, potenzielle Angreifer entschlossener vor Chemiewaffeneinsätzen abzuschrecken, auch durch Militärschläge. So hat der französische Staatspräsident Emmanuel Macron jüngst mehrmals schnelle militärische Gegenmassnahmen für den Fall angedroht, dass der oder die Urheber eines Chemiewaffenangriffs identifiziert werden können. Die deutsche Bundesregierung hat die Militäraktion vom April 2018 als «erforderlich und angemessen» bezeichnet.

Politisierung des OVCW-Sekretariats

Zweitens birgt die erweiterte Rolle für die OVCW-Inspektoren die Gefahr, dass die Arbeit des Technischen Sekretariats weiter politisiert wird. Die politische Unabhängigkeit der Inspektoren ist ein hohes Gut, das OVCW und IAEO sorgfältig schützen. Denn Mitarbeiter dieser Organisationen wurden und werden immer wieder politisch attackiert und diffamiert, gerade wenn die Verifikation in einem hochpolitisierten Umfeld stattfindet, wie in Syrien, aber auch im Vorfeld des Irak-Krieges 2003.

So wurde 2002 der erste OVCW-Generaldirektor José Bustani von den USA (unter aktiver Mitwirkung des jetzigen Nationalen Sicherheitsberaters John Bolton) aus dem Amt gedrängt. Aus Sicht Washingtons drohte die Arbeit der Chemiewaffeninspektoren die Begründung für den Irak-Krieg zu unterminieren, indem sie die Bedrohung durch Iraks angebliche Chemiewaffenprogramme relativierte. Aber auch der letzte Leiter des OVCW-Untersuchungsmechanismus, Edmond Mulet, beschwerte sich im Juli 2017 massiv über politischen Druck, der auf die Inspektoren ausgeübt würde.

Der Beschluss von Den Haag nun verschiebt die Grenzen zwischen technischer Verifikation und politischer Beurteilung der Fakten, indem das Technische Sekretariat beauftragt wird, die Verantwortlichen für Chemiewaffenangriffe zu benennen. Weil die Aufgabe «Identifizierung» über die Faktensammlung hinausgeht, dürfte die Organisation künftig noch stärker im Zentrum politischer Auseinandersetzungen stehen.

Noch ungeklärte Kompetenzen

Zwar konnten die Inspektoren, wenn sie einen behaupteten Einsatz von Chemiewaffen untersuchten, schon bisher dem Untersuchungsbericht bestimmte Informationen beifügen, die beispielsweise auf der Analyse entnommener Proben beruhen und «dazu beitragen könnten, die Herkunft etwaiger eingesetzter chemischer Waffen festzustellen». Kraft der Mandatserweiterung dürfen sie aber nun auch gezielt Informationen erheben, die geeignet sind, die Täter zu identifizieren, wie etwa Satellitenaufnahmen, forensische Daten oder militärische Lagebilder.

Der Beschluss über die Mandatserweiterung wurde am Ende der Amtszeit von Generaldirektor Ahmet Üzümcü gefasst. In einer Grundsatzrede im Mai 2018 in London argumentierte Üzümcü, das CWÜ stehe einer Aufgabenerweiterung der OVCW auf die Identifizierung der Verantwortlichen für Chemiewaffenangriffe nicht entgegen. Der spanische Diplomat Fernando Arias, der die Leitung der OVCW am 25. Juli 2018 übernommen hat, wird das erweiterte Mandat nun umsetzen müssen. Unter anderem wird er die Diskussion über eine Reform des Sekretariats zu leiten haben, damit dieses für die neue Aufgabe gewappnet ist. Noch ungeklärt ist, welche neuen Kompetenzen und Fähigkeiten die Inspektoren haben müssen, um die Urheber von Chemiewaffeneinsätzen zu benennen, welche Informationsquellen (etwa auch geheimdienstliche) sie nutzen dürfen und welche Kosten anfallen.

Politische Gräben

Drittens hat der Beschluss vom 27. Juni, sofern dies überhaupt möglich ist, die Kluft zwischen den westlichen Staaten einschliesslich den USA auf der einen, Russland und seinen Verbündeten auf der anderen Seite noch einmal vergrössert. Angesichts der politischen Spaltung zwischen den Vertragsstaaten dürften die Debatten über die Anpassung des Technischen Sekretariats schwierig werden. Zwar hat eine grosse Mehrheit die Mandatserweiterung unterstützt. Einige einflussreiche Schwellenländer wie etwa Indien oder Südafrika haben aber gegen den Beschluss gestimmt. Russland hat angekündigt, die Umsetzung des Beschlusses zu blockieren, und wegen der Entscheidung sogar die Zukunft von CWÜ und OVCW infrage gestellt.

Es ist daher zu begrüssen, dass sich die Umsetzung der Mandatserweiterung zunächst auf Syrien konzentriert. Auf der für Ende November 2018 angesetzten Überprüfungskonferenz dürfte über eine generelle Aufgabenerweiterung beraten werden. Der erste Test für die Ermittlung von Verantwortlichen durch die OVCW scheint erst einmal verschoben. Zum Zeitpunkt der Beschlussfassung stand ein Bericht der OVCW-Untersuchungsmission über den Einsatz von Chemiewaffen in Douma im April 2018 aus. Es wurde spekuliert, ob in Douma nicht nur Chlorgas, sondern auch Sarin eingesetzt worden war. Die Untersuchungsmission hat in ihrem vorläufigen Bericht vom 6. Juli festgestellt, dass es Hinweise auf den möglichen Einsatz von Chlorgas gibt, aber keine Belege für einen Angriff mit Sarin. Dieses lässt sich meist leichter einem Täter zuordnen als Chlorgas.

In Amesbury kamen am 30. Juni zwei weitere britische Staatsbürger mit Nowitschok in Berührung. Eines der Opfer starb am 8. Juli an dieser Vergiftung. London hat zwar, wie nach dem Attentat in Salisbury, die OVCW um technische Hilfe bei der Untersuchung des Kampfstoffes gebeten. Unterstützung bei der Identifizierung der Verantwortlichen könnte die britische Regierung wohl erst anfordern, wenn das Technische Sekretariat der OVCW nach der nächsten Vertragsstaatenkonferenz im November 2018 eine entsprechende Expertengruppe geschaffen hat.

Die vierte Überprüfungskonferenz

Ende November werden Vertreter der OVCW-Vertragsstaaten zusammentreffen, um über die Zukunft des Chemiewaffenabkommens und der OVCW zu beraten. Das reguläre Treffen der

Fortsetzung Seite 28

Fortsetzung von Seite 27

Vertragsstaaten (19.–20.11.2018) und die alle fünf Jahre stattfindende Überprüfungskonferenz (21.–30.11.2018) wären auch ohne die ausserordentliche Vertragsstaatenkonferenz kontrovers verlaufen. Der Beschluss vom 27. Juni dürfte die Erfolgsaussichten aber noch einmal verschlechtert haben.

Drei Herausforderungen sind zu meistern, um das im CWÜ verankerte Chemiewaffenverbot zu bewahren und zu stärken.

❑ Erstens gilt es, eine weitere Fragmentierung des Chemiewaffenregimes abzuwenden. Das 1993 verabschiedete CWÜ ist die zentrale politische, rechtliche und normative Grundlage für die Chemiewaffenabrüstung. Es verbietet Entwicklung, Produktion und Einsatz aller toxischen Stoffe für nicht friedliche Zwecke. Infolge der politischen Auseinandersetzung über die Verantwortlichkeiten für die Chemiewaffeneinsätze in Syrien und anderswo wurde aber eine Reihe neuer Instrumente geschaffen oder vorgeschlagen, die zu einer Zersplitterung des Chemiewaffenregimes führen können. Im Rahmen der Vereinten Nationen ermittelt seit 2011 neben dem IIIM der UNO-Menschenrechtsrat wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Er hat immer wieder auch Berichte über Chemiewaffeneinsätze vorgelegt.

Russland hatte 2016 eine Konvention gegen den Chemieterrorismus vorgeschlagen, offenbar auch, um vom Chemiewaffeneinsatz des Assad-Regimes in Syrien abzulenken. Frankreich und weitere 23 Staaten, die meisten davon westliche, haben am 23. Januar 2018 die «Internationale Partnerschaft gegen die Straflosigkeit des Einsatzes von Chemiewaffen» ins Leben gerufen, um die Verantwortlichen für Chemiewaffenangriffe zu identifizieren und zu benennen. Daraufhin machte sich Russland in den Vereinten Nationen für einen «United Nations Independent Mechanism of Investigation» (UNIMI) stark, der die Aufgaben der Untersuchungsmission und des Untersuchungsmechanismus übernehmen solle. Mit diesem Vorstoss ist Moskau aber gescheitert.

Die CWÜ-Vertragsstaaten sollten daher auf der Überprüfungskonferenz klarmachen, dass neue Instrumente zur Kontrolle von Chemiewaffen immer nur als Ergänzung zum CWÜ eine Funktion haben. Neue Initiativen zur Stärkung des Chemiewaffenverbots sollten vor allem mit Blick darauf beurteilt werden, ob sie mit dem CWÜ vereinbar sind.

❑ Zweitens wird es auf der Überprüfungskonferenz darum gehen, der Politisierung und Polarisierung der Diskussion über Chemiewaffen entgegenzuwirken. Dies ist in erster Linie eine Aufgabe der ständigen Sicherheitsratsmitglieder, denn diese tragen besondere Verantwortung für die Durchsetzung internationaler Regeln. Multilaterale Ordnungsstrukturen können auf Dauer nicht gegen den Willen der Grossmächte aufrechterhalten und gestärkt werden.

Wann und wie die tiefen politischen Gräben zwischen Russland und dem Westen überwunden werden können, ist unklar. Sinnvoll wäre aber, wenn sich Moskau und Washington zumindest darauf verständigen könnten, trotz des bilateralen Konflikts bestimmte Formen der Zusammenarbeit bei der Kontrolle von Massenvernichtungswaffen weiterzuführen. Die gemeinsame Erkenntnis, nur durch enge Kooperation lasse sich der Gefahr begegnen, dass syrische Chemiewaffen in die Hände terroristischer Gruppen fallen, war schliesslich auch eine Grundlage für die erfolgreiche Zusammenarbeit bei der Abrüstung in den Jahren 2013 und 2014.

Auch in anderen Bereichen gibt es Indizien dafür, dass es weiterhin möglich ist, gemeinsame Positionen im Bereich der Abrüstung und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen zu artikulieren. Grossbritannien, Russland und die USA etwa, Depositarstaaten und damit Hüter sowohl des atomaren Nichtverbreitungsvertrags (NPT) von 1968 als auch des Biowaffenübereinkommens (BWÜ) von 1970, haben vor der Überprüfungskonferenz des BWÜ 2017 und anlässlich des 50-jährigen Bestehens des NPT gemeinsame Stellungnahmen verfasst. Eine ähnliche Erklärung der ständigen Sicherheitsratsmitglieder und einiger wichtiger Mittelmächte wie Deutschland, in der diese die Bedeutung des Chemiewaffenverbots und Gemeinsamkeiten im Hinblick auf die Stärkung des CWÜ betonen, könnte möglicherweise dazu beitragen, dass die Überprüfungskonferenz ein Erfolg wird.

❑ Drittens muss im Vorfeld der Überprüfungskonferenz daran gearbeitet werden, zentrale Reformprojekte der OVCW voranzubringen. Die wichtigste Frage lautet, welche Aufgaben künftig profilbildend für die Arbeit der Organisation sein sollen. Bis vor kurzem dominierte die Überwachung der Chemiewaffenabrüstung den Routinebetrieb des Technischen Sekretariats. Mittlerweile aber sind mehr als 96 Prozent der weltweit deklarierten rund 72'000 Tonnen Chemiewaffen abgerüstet. Von den acht Staaten, die bei ihrem Beitritt zum CWÜ angegeben haben, über Chemiewaffen zu verfügen, konnten nur die USA die Abrüstung ihrer deklarierten Bestände noch nicht abschliessen. Die Vereinigten Staaten wollen dieses Ziel bis zum Jahr 2023 erreichen. Welchen Aufwand aber soll die OVCW nun betreiben, um auch der Gefahr der Proliferation von Chemiewaffen zu begegnen? Über diese Frage wird weiter gestritten.

Bessere Antworten auf neue Bedrohungen

Die von Chemiewaffen ausgehenden Gefahren haben sich in den 25 Jahren seit Abschluss des Abkommens erheblich gewandelt. Im Mittelpunkt steht nicht mehr der Einsatz von Chemiewaffen durch reguläre Truppen in zwischenstaatlichen Konflikten, wie etwa im Ersten Weltkrieg oder durch Irak im Krieg gegen Iran während der 1980er Jahre. Heute scheint die Gefahr eines terroristischen oder staatsterroristischen Einsatzes grösser.

Die Diskussion über Syrien beeinflusst die Debatte über die hier beschriebenen und andere notwendige Reformschritte. Hilfreich wäre, die Debatte zu versachlichen und wieder auf eher technische Aspekte der Chemiewaffenkontrolle zurückzuführen. So könnten die Chancen steigen, dass die Teilnehmer der Überprüfungskonferenz den Weg zu mehr Gemeinsamkeiten beschreiten.

Dr. Oliver Meier ist stellvertretender Leiter de Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der bundesdeutschen Stiftung Wissenschaft und Politik SWP am Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit in Berlin. SWP-Aktuell Nr. 39, Juli 2018. Mit freundlicher Genehmigung.

Kämpfer für Nahostfrieden

Am 20. August ist der israelische Friedensaktivist Uri Avnery in Tel Aviv gestorben. Ein Nachruf von Clemens Ronnefeldt, Referent für Friedensfragen beim deutschen Versöhnungsbund.

/ Clemens Ronnefeldt /

Nachdem ich bereits viele Jahre Texte von ihm gelesen hatte, lernte ich im Oktober 2006 Uri Avnery bei einer gewaltfreien Demonstration gegen die Sperranlage nahe dem Dorf Bilin, unweit von Ramallah, persönlich kennen. Uri, bereits damals im hohen Alter von 82 Jahren, war zusammen mit seiner Frau Rachel gekommen, um als israelischer Staatsbürger solidarisch mit anderen israelischen, palästinensischen und internationalen Friedensbewegten gegen den Landraub an der palästinensischen Dorfgemeinschaft Bilin zu protestieren, die durch die Sperranlage rund die Hälfte ihrer landwirtschaftlichen Fläche verloren hatte.

Uri stand an der Nahtstelle der Gewalt, dort, wo die israelischen Soldaten von ihren Militärfahrzeugen herunter Tränengas verschossen auf die andere Seite der Sperranlage, dem Ort, an dem Uri zusammen mit den Demonstrierenden stand. Er reichte mir eine Zwiebel und empfahl mir, kräftig daran zu riechen – damit durch den Tränenfluss das Tränengas schneller aus den Augen entweichen könne. Einige Monate vor unserer Begegnung hatte im März 2006 der rechtsextreme Aktivist Baruch Marsel die israelische Armee zur «gezielten Tötung» von Uri Avnery aufgerufen.

1923 wurde Uri Avnery in Hannover als Helmut Ostermann geboren. Zu Beginn der Nazi-Diktatur 1933 begaben sich seine Eltern mit dem zehnjährigen Sohn auf die Flucht nach Palästina. Schon mit 15 Jahren, im Jahr 1938, schloss er sich der Untergrundbewegung ‹Irgun› an, die mit Terroranschlägen die britische Besatzungsmandat abschütteln wollte. Er genoss als Jugendlicher, wie er später schrieb, das Verbotene: Etwa mit einer Waffe unter seiner Kleidung unentdeckt an britischen Soldaten vorbeizugehen. Erst mit 19 Jahren nahm er den Namen Uri Avnery an.

Während des israelisch-arabischen Krieges nach dem UNO-Teilungsplan 1947 und der Staatsgründung Israels 1948 wurde Uri schwer verwundet. Er schrieb das Kriegstagebuch «Auf den Feldern der Philister», das zum Bestseller wurde und seine persönliche Wandlung vom gewaltsamen Krieger zum Kämpfer für den Frieden einleitete.

Von 1950 bis 1990 war Uri 40 Jahre lang ununterbrochen Herausgeber und Chefredakteur des Nachrichtenmagazins *Haolam Haseh* (Diese Welt). 1975 überlebte er einen Mordanschlag, bei dem er mit einem Messer schwer verletzt wurde. Auch durch Bombenanschläge auf die Redaktionsräume liess er sich nicht von seiner Überzeugung eines gerechten Nahostfriedens abbringen und bezeichnete sich selbst als «Optimisten von Natur» aus. In den Jahren 1965 bis 1981 sass Uri in drei Legislaturperioden als Parlamentarier in der Knesset für kleinere linke Parteien, die es heute nicht mehr gibt.



Als erster israelischer Staatsbürger überhaupt traf er sich während des Libanonkrieges 1982 in Beirut zum ersten Mal mit Jassir Arafat, damals Chef der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO. Uri riskierte eine Anklage wegen Hochverrats, weil damals Kontakte mit der PLO noch verboten waren. Im Jahre 2003, während der blutigen zweiten Intifada, ging Uri als menschliches Schutzschild nach Ramallah, um den im palästinensischen Regierungsgebäude unter israelischem Beschuss stehenden Jassir Arafat mit seiner Präsenz zu unterstützen. Im Jahre 1992 gründete Uri den ‹Friedensblock› (Gush Schalom), um dem Friedensprozess zwischen Israelis und Palästinensern, der 1991 durch eine Konferenz in Madrid sowie die darauf folgenden Oslo-Verhandlungen Fahrt aufgenommen hatte, Unterstützung zu geben.

Wie bei fast allen grösseren historischen Ereignissen in Israel war Uri persönlich anwesend, so beim Prozess gegen den SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann in Jerusalem 1961 oder bei der Ermordung Jitzchak Rabins 1995 in Tel Aviv durch einen israelischen Extremisten – was zum ‹Sargnagel› der in Oslo anvisierten Zweistaatenlösung wurde, für die Uri sein langes Leben lang eintrat.

Im Jahr 2001 erhielt er – zusammen mit seiner 2011 verstorbenen Frau Rachel, mit der er 58 Jahre verheiratet war – den Alternativen Nobelpreis. Jede Woche verfasste Uri einen Essay, den er an unzählige Personen weltweit verschickte, mit denen er in Kontakt stand, und der von Freundinnen und Freunden in verschiedenen Ländern übersetzt wurde. Er griff darin aktuelle friedenspolitische Themen auf, die er in unnachahmlicher Weise mit historischen Ereignissen verknüpfte. Am 7. August 2018 schrieb er seinen letzten Artikel für die Tageszeitung *Haaretz* und kritisierte darin das neue Nationalstaatsgesetz, das nur jüdischen Menschen in Israel Selbstbestimmung gewährt. Kurz danach erlitt er einen Schlaganfall und fiel ins Koma. Am 20. August 2018 starb er in einem Krankenhaus in Tel Aviv.

Die Friedensbewegung – nicht nur in Israel, sondern weltweit – verliert mit seinem Tod einen Menschen, der trotz aller Widerstände nie aufgegeben hat, für den Frieden einzutreten und dadurch Vorbild bleiben wird. Eine ausführliche Würdigung des Lebenswerkes von Uri Avnery hat Roland Kaufhold geschrieben – sie ist zu lesen unter: www.hagalil.com/archiv/2008/09/avnery.htm.





Die nächste Ausgabe erscheint Mitte Dezember 2018







UNO-Tag des Weltfriedens

Zürcher Friedensstationenweg

Freitag, 21.September 2018, 19:00 – 21:00 h

1. Station: Flüchtlinge/Migration und Frieden
Kurzansprachen eines Flüchtlings und von Séverine Vitali, Solinetz Zürich
19 00 h, Ort: ***Fraumünster*** bei der Gedenktafel für die Aufnahme von Hugenotten
2. Station: Globalisierung und Frieden
Kurzansprachen: Oliver Heimgartner, Konzernverantwortungs-Initiative
und Lewin Lempert, GSoA
19 30 h, Ort: ***Paradeplatz***
3. Station: Friedensarbeit damals und heute
Kurzansprachen: Hannes Lindenmeyer, Forum St. Jakob
und Peter Weishaupt, Schweizerischer Friedensrat
20 00 h, Ort: ***Gartenhofstr. 7***, 8004 Zürich
4. Station: Waffenausfuhr, Krieg und Kindersoldaten
Kurzansprachen: Junior Nzita (ehem. Kindersoldat aus der Republik Kongo)
und Esther Straub, Kantonsrätin
20 30 h, Ort: ***Kasernenwiese Alte Kaserne,*** Kanonengasse, 8004 Zürich
anschliessend gemütliches Zusammensein und Ausklang

Veranstalter: IFOR-MIR-Schweiz, www.ifor-mir.ch, Ueli Wildberger, 044 242 20 59, ueliw@mhsmail.ch
Schweizerischer Friedensrat, www.friedensrat.ch, Peter Weishaupt, 044 242 93 21, info@friedensrat.ch



SCI Schweiz
Volunteering for Peace

www.scich.org

16 TAGE GEGEN GEWALT AN FRAUEN

25. November – 10. Dezember 2018

Seit 10 Jahren findet die internationale Kampagne «16 Tage gegen Gewalt an Frauen» in der Schweiz statt. Die diesjährige Kampagne steht unter dem Thema «Mehr Männlichkeiten». Es werden geschlechterspezifische Rollen hinterfragt und Männlichkeitsnormen diskutiert.

Diskussionsabend in Zürich
am Freitag, 7. Dezember 2018
Der Schweizerische Friedensrat veranstaltet im Rahmen der 16-Tage-Kampagne am Freitag, 7. Dezember 2018 ab 19.00 Uhr an der Gartenhofstrasse 7 in Zürich einen Diskussionsabend:

Welche Prägung spielt die militärische Ausbildung? Was macht den Mann zum Mann, ist wirklich nur ein Mann, wenn er mit der Waffe umgehen kann? Welche Faszination geht von der Waffe aus? Was bedeutet es, wenn die Waffe als Sportgerät betrachtet wird? Welche Gefahren gehen von der Waffe aus?

Im Gespräch werden die ***Sportschützinnen Fabienne Füglister und Michelle Heynen und der Männeraktivist Nicolas Zogg*** von ihren Erfahrungen, Zielen und Werten berichten.

Informationen über die Veranstaltung unter *www.friedensrat.ch*, zu allen Veranstaltungen der Kampagne ab Ende September unter *www.16tage.ch*.



Der Name der sogenannten Selbstbestimmungs-Initiative ist trügerisch. Denn in Wirklichkeit beschneidet sie unsere Grundrechte und schwächt unsere Demokratie.

FRIEDENSZEITUNG

DIE FRIEDENSPOLITISCHE ZEITSCHRIFT


FRIEDENSZEITUNG

NR. 25 JUNI 2018

4 Nach Parkland: Basisbewegung gegen die NRA
8 Wiedereinführung der Gewissensprüfung?
10 Waffenlobby auf EU-Kollisionskurs
12 Interview mit Stefan Trechsel zur EMRK
16 Weltkarte der Fluchtursachen
20 Frauen, Frieden und Sicherheit
24 Ausgeglichert: Die Situation eritreischer Frauen
31 Pflugscharen zu Panzern in Tägerwilen

Nach dem Iran-Entscheid Trumps und vor seinem Treffen mit Kim Jong Un

Krieg am Golf und Frieden in Korea?

«Die USA hatten einst die Fähigkeit, in verdeckter Weise einen Staat von Regierungen einzuladen. Ich wünschte, wir könnten dies wieder haben.» John Bolton heizt der Mann, der diesen frommen Wunsch 2007 in einer Rede auf dem Parteitag der britischen Konservativen äusserte.

/ Andreas Zumach /

Bereits 2002/2003 hatte John Bolton wie kaum ein anderer in Washington für den völkerrechtswidrigen Krieg der Bush-Administration gegen den Irak getrommelt, einen schnellen Sieg und die Errichtung einer blühenden Demokratie in Bagdad vorausgesagt. Seine Fehleinschätzung bereut oder auch nur eingestanden hat Bolton bis heute nicht.

Seit dem 9. April ist der 69-jährige der Nationale Sicherheitsberater von US-Präsident Donald Trump und betreibt den nächsten Regierungskurs ganz offen. Gestürzt werden soll die Regierung in Teheran wenn es mit massiven wirtschaftlichen Sanktionen nicht gelingen sollte, mit militärischen Mitteln. Diese Absicht hat Bolton in den letzten 20 Jahren in zahlreichen Artikeln, Interviews und anderen öffentlichen Aussagen immer wieder bekräftigt. «Gut zu leben Bolton ist, dass er sagt, was er denkt. Es gibt nur wenige Personen, die die USA mit grösserer Wahrscheinlichkeit als Bolton in einen Krieg führen werden.» So kommentierte die New York Times Boltons Berufung zum Nationalen Sicherheitsberater des Präsidenten.

Die Fraktion der Iran-Feinde

Schon seit Anfang 2017 war deutlich absehbar, dass die Trump-Administration die Konfrontation mit Teheran scharf verschärfen und selbst vor einem Krieg nicht zurückschrecken würde. Trump selber hatte im Präsidentschaftswahlkampf 2016 mit Blick auf das Anfang 2015 zwischen Teheran und den fünf Vetomächten des UNO-Sicherheitsrates sowie Deutschland vereinbarte Abkommen zur Begrenzung des iranischen Atomprogramms mehrfach angekündigt, im Falle seines Wahlsieges werde er «das schlechteste Abkommen, das ein Präsident in der Geschichte der USA jemals abgeschlossen hat, zerreissen». Diese Aussetzung entsprach zunächst weniger einer israelfeindlichen Haltung Trumps als der Absicht, den einzig relevanten aussenpolitischen Erfolg seines verhassten Vorgängers Barack Obama madig zu machen und zu zerreissen.

Nach seiner Amtseinführung Ende Januar 2017 berief der US-Präsident auf die vier wichtigsten sicherheits- und aussenpolitischen Posten seiner Administration (Pentagonchef, CIA-Direktor, Nationaler Sicherheitsberater und Minister für «Homeland-Security») vier erklärte Iran-Feinde, ja ideologische Ironhaner. Trump stand bei diesen Berufungen unter dem Einfluss seines Vizepräsidenten Mike Pence und seines als Berater diesenden Schwiegersohnes Je-

Fortsetzung Seite 2

Die einzige friedenspolitische Zeitschrift der Schweiz, die FRIEDENSZEITUNG:

Aktuell, hintergründig, informativ, über schweizerische und internationale Friedensthemen und -arbeit viermal jährlich vierfarbig

❑ Jetzt abonnieren: 50 Franken im Jahr

❑ Jetzt schnuppern: 3 Ausgaben gratis


FRIEDENSZEITUNG

NR. 24 MÄRZ 2018

4 Mali: Une caravane pour la paix
10 Dossier Eritrea 1: Die grosse Kampagne der SVP
14 Dossier Eritrea 2: Die 2-Prozent-Steuer für Eritreer
20 Lehren aus dem syrischen Aufstand
24 Monika Stocker: Anna geht nach Syrien
27 Die Waffenausfuhrstatistik 2017
28 Kaschmir: Der eingefrorene Konflikt
31 Die Ostermärsche 2018 in Bregenz und Bern

Sezessionen und Autonomiebestrebungen im Vergleich

Grenzveränderungen sollten nur einvernehmlich erfolgen

Ob Kosovo, Krim, Katalonien, Tschetschenien, Abchasien, Süd-Ossetien, Transnistrien, Ungarn, Schottland oder die kurdischen Regionen Iraks, Syriens und der Türkei: An immer mehr Orten dieser Welt werden seit Ende des Kalten Krieges (vor 27 Jahren) Sezessionsbestrebungen oder Forderungen nach Veränderung bestehender nationalstaatlicher Grenzen laut. In einigen Fällen – zum Beispiel Ex-Jugoslawien, Georgien oder Ukraine – wendet(e)n die Sezessionsbefürworter Gewalt an oder wurden nationalstaatliche Grenzen mithilfe äusserer Akteure (NATO, Russland) gewaltsam verändert. In allen genannten Fällen sind die spezifischen Umstände und historischen Hintergründe sehr unterschiedlich.

/ Andreas Zumach /

In den vier Jahrzehnten der globalen Ost-West-Konfrontation gab es nur wenige Sezessionsbestrebungen. Und sie hatten kaum Chance auf dauerhaften Erfolg, auch weil sie von den beiden damals dominierenden Mächten USA und Sowjetunion sowie von den anderen drei Vetomächten des UNO-Sicherheitsrates Frankreich, Grossbritannien und China nicht unterstützt wurden. Zudem

Fortsetzung Seite 2

Name, Vorname

Adresse

PLZ/Ort Datum

Bitte einsenden an **FRIEDENSZEITUNG**, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich oder per Mail anfordern: info@friedensrat.ch